

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280.

Sonnabend, den 29. November 1913.

20. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Arbeitslose und Arbeitswillige.

Die Arbeitslosenfürsorge, die Arbeitswilligenschutz — das sind die Kampfzweige, mit denen in den Reichstagsverhandlungen die Gegensätze aufeinanderstoßen werden. Sozialreform oder Scharfmacherei, das ist die Frage.

Es sind Klassengegensätze schroffster Art, die sich hier offenbaren, und wäre der Ausdruck nicht irreführend, so könnte man sagen, die Behandlung der beiden Probleme werde den Reichstag in zwei große Parteien spalten: eine Kapitalpartei und eine Arbeiterpartei. Der Partei des Kapitals sind unbedingt alle Anhänger des verstärkten Arbeitswilligenschutzes zuzuzählen, die zugleich auch sämtlich geschworene Feinde der Arbeitslosenfürsorge sind; als Vertreter der Arbeiterinteressen wären hingegen alle diejenigen anzusprechen, die jede Beschränkung des Koalitionsrechts entschieden bekämpfen und für die Arbeitslosenfürsorge energisch eintreten.

In Wirklichkeit läßt sich freilich die scheidende Linie nicht so streng ziehen. Zwischen den entschiedenen Scharfmacherparteien der Rechten und der entschiedenen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, wogen eine Menge zweifelhafter Elemente: Leute, die trotz bürgerlicher Gesinnung sich wenigstens nicht offen auf die Seite der Unternehmer zu stellen wagen, die von der Sozialreform einen Rückgang der revolutionären Tendenzen in der Arbeiterbewegung erhoffen oder auf das Empfinden proletarischer Wählerschichten Rücksicht zu nehmen genötigt sind. Von ihnen hängt es ab, ob die Arbeiter oder ob die Unternehmer im Kampfe um die Gesetzgebung den Sieg erringen werden.

Logisch besteht eigentlich gar kein Grund zu diesem Parallelismus der Erscheinungen, daß so ziemlich jeder Freund des Arbeitswilligenschutzes ein Gegner der Arbeitslosenfürsorge, jeder Freund der Arbeitslosenfürsorge zugleich ein Gegner des erweiterten Arbeitswilligenschutzes ist. Wäre es wirklich in Deutschland so, daß dem Arbeitswilligen die Freiheit der Arbeit fehle, dann wäre es auch ganz gut möglich, daß ein und derselbe Abgeordnete für Arbeitslosenfürsorge und Arbeitswilligenschutz zugleich einträte. Tatsächlich ist der „Schutz“ der Arbeitswilligen jetzt schon durch Verwaltung und Rechtsprechung auf eine Höhe getrieben, die schlechterdings nicht überboten werden kann. In einem Lande, in dem das bloße Wort „Streikbrecher“ mit monatelanger Gefängnisstrafe geahndet wird, während arbeitswillige Loischläger als Freigesprochene aus dem Gerichtssaal herausspazieren, kann der Ruf nach stärkerem Arbeitswilligenschutz aber nur von bedingungslosen Anhängern des Unternehmertums und ebenso fanatischen Feinden der Arbeiter erhoben werden.

Für das Wort Streikbrecher gilt der Ausspruch des Dichters: „Du darfst vor Menschen Ohren niemals nennen, was keusche Herzen nicht entbehren können.“ Das Wort Streikbruch ist verpönt, die Sache selbst ist aber ungemein beliebt. Es ist eine Lüge, daß die Scharfmacher für „Arbeitswillige“ irgendwelche menschliche Sympathie empfinden, was sie lieben, das ist der Streikbruch, die Zerstörung aller auf Verbesserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter, und der Streikbrecher ist ihnen nichts als ein erbärmliches Mittel zu einem niederträchtigen Zweck.

Wäre dem nicht so, wie könnten die Anhänger des Arbeitswilligenschutzes zugleich so fanatische Gegner der Arbeitslosenfürsorge sein? Die Arbeitslosen sind ja alle in einem besseren Sinne des Wortes als dem allgemein üblichen „Arbeitswillige“, d. h. Leute, die Arbeit haben wollen, aber keine bekommen. Für solche Art der Arbeitswilligkeit hat aber das Unternehmertum nicht die mindeste Sympathie. Der Arbeitswillige, der sich nicht um jeden Preis, zu jeder Bedingung verkaufen will, der Arbeitswillige, der sich scheut, seinen um bessere Verhältnisse kämpfenden Kameraden in den Rücken zu fallen, kurz gesagt, der anständig arbeitende Arbeiter ist ihnen vollkommen gleichgültig. Ihm und seiner hungernden Familie mit einer kleinen Unterstützung über die schlimmste Zeit hinweg zu helfen, fällt ihnen nicht im entferntesten ein. Wenn einem solchen Arbeitswilligen eine Mark täglich gewährt werden soll, dann schreien sie darüber, daß dadurch die „Selbstverantwortung“ der Arbeiter zerstört werde. Auf der anderen Seite darf aber der sittlich heruntergekommene Arbeitswillige, der Streikbrecherdienste leistet, nicht auf die furchtbare Verantwortung aufmerksam gemacht werden, die er durch solches Tun seinen Klassengenossen gegenüber auf sich nimmt. Die schlichte Mahnung: „Du wirst doch nicht Streikbrecher werden“, wird heute schon aufs schwerste bestraft. Und noch immer soll es nicht genug sein!

Wer die Arbeitslosenfürsorge bekämpft, der will eben aus Arbeitswilligen im allgemeinen Sinne des Wortes Leute machen, die man dann nicht nennen darf, was sie sind. Er will die Not, weil sie zum goldenen Kalb beten lehrt, er will das Elend, weil es alle sittlichen Grundzüge zermürbt und die Menschen untertänig und knechtisch macht. Er will Streikbrecher erst züchten, um sie dann zu beschützen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die „Wackes“ sind an allem schuld!

Folgendermaßen stellt sich der neue Kriegsminister v. Falkenhayn zu der Faberner Wackesaffäre: Daß „Wackes“ ein schlimmes Schimpfwort ist, weiß man beim Militär nicht; ob der Leutnant v. Forschner bestraft und genügend bestraft ist, geht nur seinen Vorgesetzten an, sonst niemanden, also wohl besonders den väterlichen Freund der Elässer, den General v. Delmking in Straßburg; der Leutnant ist ja noch so jung, so jung, und wo kämen wir hin, wenn jede Entgleisung im Diensteser eines Zwanzigjährigen an die große Glocke gehängt würde! Nachdem der Kriegsminister die elässische Anfrage am Freitag im Reichstag somit beantwortet hatte, wurde er energisch und erklärte, an der ganzen Aufregung seien die Soldaten schuld, die die Sache in die Öffentlichkeit gebracht hätten, und die „Heke“, die man unter Nichtbeachtung des offiziellen Dementis betrieben habe. Sprachs, und enteilt gestuften Schrittes. Na, es kommen ja noch Interpellationen über diese Sache, wenn sich auch die Elässer der katholischen Fraktion mit einer Anfrage zufrieden gegeben haben, und dann werden sich unsere Genossen diese samojede Antwort noch ausborgen. In der zweiten Hälfte der nächsten Woche geht der Lang los, und da auch der Hinauswurf Liebknechts aus der Kruppkommission dann herankommt, dürfte es den Herren am Bundesratstisch schon etwas schwül werden.

Nachdem noch einige weitere kurze Anfragen beantwortet worden waren, zum Teil mit jener frühlichen Ironie, die die Regierung diesem neuen „Recht“ des Reichstags entgegenbringt, kam man noch zu den Wahlprüfungen. Eine Anzahl wurden debattelos erledigt. Umso heftiger wurde bei den andern gestritten. Da ist Herr Hegenfeldt, der als Landrat des schlesischen Kreises Hoyerswerda, seine Kandidatur aufstellte und unter kräftiger Betonung seines landräthlichen Charakters den Kreisinsassen empfahl. Außer unseren Genossen und den Fortschrittlern hatte gegen diese starke amtliche Wahlbeeinflussung niemand etwas einzuwenden! Bei der Wahlprüfung unseres Genossen Haupt standen die Sozialdemokraten allein. Gen. Reichhaus forderte, daß auch aus der von der Kommission festgestellten amtlichen Wahlbeeinflussung, die zugunsten des Konservativen v. Byern geübt worden ist, zahlenmäßige Folgerungen gezogen werden, und nicht nur aus den Wahlunregelmäßigkeiten in einem anderen Dorfe. Der Fortschrittler Dr. Neumann-Hofer und der Konservative v. Veit bekämpften unseren Antrag, über die Wahlbeeinflussung Beweis zu erheben, und alle Berufungen unseres Redners auf die langjährige Praxis des Reichstags halfen nichts. — Bei der Wahlprüfung des Fortschrittlers Ropsch rollte der fortschrittliche Abg. Dr. Ublax zum großen Argern der Grafen Westarp und Braßma die reizende Geschichte von dem konservativen 1500-Mk.-Angebot an einen sozialdemokratischen Vertrauensmann auf. Die Herren Grafen kamen über verlegene Redensarten nicht hinaus. Schließlich wandten sich die Fortschrittler noch gegen den Kommissionsantrag auf Gültigkeitserklärung der Wahl unseres Genossen Dr. Cohn in Nordhausen. Sie verlangten Beweiserhebungen, da Dr. Cohn vielfach als amtlicher Kandidat angesehen worden sei. Die Lächerlichkeit dieser Behauptung wies Genosse Stücklen damit nach, daß doch die Regierung, ganz entsetzt von dem 12. Januar 1912, sofort versucht hat, alle bürgerlichen Parteien für die Stichwahlen gegen uns zusammenzuschließen. Aberdies ist die Mehrheit Cohns zu groß, um selbst bei Anerkennung des fortschrittlichen Protestes verschwinden zu können. Abgestimmt wird über die Wahlprüfungen Dienstag.

Sonnabend kleine Vorlagen.

Ein neuer Vorstoß der Zünftler.

Im Handel ist es üblich geworden, namentlich beim Kauf von Lebensmittel-Surrogaten, den Käufern Zugabe zu verabreichen. Gegen dieses System eröffneten die Konservativen im preußischen Landtag den Kampf und zwar war es besonders der Reaktions-Hammer, der glauben machen wollte, daß dem Mittelstand durch ein solches Verbot geholfen werden könne. Nach dem Vorbild ihrer Gesinnungsgenossen im preußischen Landtag, haben nun auch die Konservativen im

Reichstag einen solchen Vorstoß unternommen. Sie brachten einen Initiativantrag ein, der den Reichsanwalt ersucht, baldmöglichst dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 durch folgende Bestimmung ergänzt wird:

Wer im Einzelverkehr für sich selbst oder als Vermittler den Käufern von Waren Zugaben oder in Waren bestehende Geschenke gewährt oder in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, in Aussicht stellt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

Unbedeutende Kleinigkeiten, deren Gewährung allgemein üblich ist, sowie der übliche Rabatt werden nicht als Zugaben und Geschenke im Sinne dieser Vorschriften angesehen.

Daraus, daß die Konservativen die Form des Initiativantrages gewählt haben, geht hervor, daß sie sich von ihrem Vorgehen selber nichts versprechen. Es ist ihnen offensichtlich nur darum zu tun gewesen, ein Mittel in die Hand zu bekommen, das sie in der Agitation verwerten können. — Man mag das Zugabewesen als eine ideale Einrichtung nicht ansehen, jeder vernünftige Mensch weiß natürlich, daß er diese Zugaben mit bezahlen muß, aber ein gesetzliches Verbot würde die Quelle zu zahllosen Scherereien bilden. Wo ist schließlich die Grenze zwischen unbedeutenden Kleinigkeiten und nicht mehr erlaubten Zugaben? Auch dieser Antrag reiht sich würdig in die Zahl der untauglichen Mittel ein, mit denen die Konservativen das Handwerk „retten“ wollen.

Wieder eine Ordnungssäule geknickt.

In Erfurt soll im nächsten Jahr zu Pfingsten „eine große nationale Rundgebung gegen die Sozialdemokratie“ stattfinden. Der Erfurter Evangelische Arbeiterverein, der Mitteldeutsche Verband evangelisch-nationaler Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und der Gesamtverband evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands wollen zum 25jährigen Bestehen in Erfurt Jubelkongresse abhalten. Der Vorsitzende des Erfurter Vereins hatte zu diesem Zweck schon Anfang dieses Jahres ein Bettel-Zirkular an Unternehmer und Freunde der „nationalen Sache“ verschickt, in dem um Ueberweisung einer namhaften Summe gebeten wurde. „Da wir wissen, daß auch Sie die dringende Notwendigkeit erkannt haben, der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine gleichgroße nationale entgegenzustellen und damit den Terrorismus der Sozialdemokratie zu brechen...“ so hieß ein Satz des Zirkulars, in dem der „Vorarbeiter der königlichen Gewehrfabrik und Stadtverordnete“ Karl Nowack für den Vorstand des Evangelischen Arbeitervereins Erfurt als der Kassierer dieses Fonds angegeben war. Etwa 800 Mark sollen eingegangen sein, aber bei einer unvermuteten Revision der Kasse war nichts gefunden worden. Darob drohte Entrüstung in allen nationalen Kreisen, denn der Renommier-Arbeiter bei allen Wahlen war gleichzeitig auch der Vorsitzende der Erfurter Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie! Nun wurden Pumpversuche gemacht, denn die unangenehme Sache sollte doch unter allen Umständen verflucht werden! Schließlich hatte der Herr Landtagsabgeordnete, Justizrat Dr. Ludwig, ein Einsehen und hat das unangenehme Manko gedeckt, denn der „schlichte Mann aus der Werkstatt“ hatte ja auch bei seiner Wahl als der Hauptmacher sich große Verdienste erworben. Der Herr Nowack, Reichsverbändler und Vorstandsmitglied der nationalen Mittelparteien, ist aber in Krankenurlaub gegangen und wird nie wieder in die Kgl. Gewehrfabrik und in den Stadtverordnetenrat zurückkehren! Auch im evangelischen Arbeiterverein hat er sämtliche Ehrenämter niedergelegt! — Wer wird nun den nationalen Karren wieder aus dem Dreck ziehen? Und wer wird nun zukünftig die Wählerlisten bei Stadtverordnetenwahlen nachprüfen, um die Gewehrfabrikarbeiter zur Rechenschaft zu ziehen, die entweder nicht oder etwa gar falsch gewählt haben?

Auch ein Kulturdokument.

Wie blutige Ironie klingt eine „Bekanntmachung an die Bevölkerung Westfalens“, die der Landeshauptmann von Westfalen in der ganzen Provinz durch Anschlag verkünden läßt und an deren Verbreitung auch Behörden in der Rheinprovinz sich beteiligen. Die Bekanntmachung verdient wirklich weiteste Verbreitung, weshalb sie hier wiedergegeben sei. (Die gesperrten Sätze sind in dem Original durch große fette Lettern besonders hervorgehoben.):

Gibt keinerlei Almosen mehr an ortsfremde Wanderer. Bettelnde Wanderer müssen ein für allemal an die Polizei- oder Gemeindebehörde verwiesen werden.

Not braucht kein arbeitswilliger Wanderer mehr zu leiden. Die von der Provinz eingerichteten Wanderarbeitsstätten gewähren jedem arbeitslosen Wanderer gegen angemessene Arbeitsleistung unentgeltliche Verpflegung und Unterkunft. Soweit irgend möglich, wird in den Wanderarbeitsstätten auch unentgeltlich Arbeit nachgewiesen. Der Wanderbettel und die Landstreicherei werden aufgehoben, wenn die Bevölkerung aller ortsfremden Wanderer abweist, weil für sie durch die Wanderarbeitsstätten gesorgt wird. Wer ihnen Almosen gibt, übt falsches und andere schädigendes Mitleid und verleitet zum Landstreicherei und Betteln.

Inhalt und Geist dieser Bekanntmachung wirken in einer Zeit der zunehmenden Arbeitslosigkeit besonders „wohlthuend“. Kann man sich angesichts des Massenelends, das die Arbeitslosigkeit in den Großstädten des Reichs im Gefolge hat und das die Arbeitslosen zu Tausenden auf die Landstraße treibt — als „ortsfremde Wanderer“ —, eine aufreizendere Sprache denken, als diese Bekanntmachung?

Das Zuchthausgesetz auf dem Marsch.

Die konservative Fraktion des Reichstags hat am Freitag abend folgenden Antrag gestellt: Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer, gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechtes geschaffen, dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostenstreiken verboten wird. Arbeiter seid auf dem Posten!

Die Altersrente kann vom 65. Lebensjahre ab gezahlt werden!

Für die Herabziehung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente auf 65 Jahre hat sich der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Schlesiens in seiner Sitzung vom Freitag erklärt. Die Landesversicherungsanstalt Schlesiens hat im verfloßenen Jahre über 12 Millionen Mark Überschuß erzielt, und der Ausschuß hat jetzt auf Antrag des sozialdemokratischen Vertreters Neukirch folgenden Entschluß gefaßt: „Der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Schlesiens erklärt hiermit: Es ist dringend nötig, die Altersrente schon allen 65 Jahre alten Versicherten zu gewähren. Die Mittel dafür reichen in Schlesien vollkommen aus. Aus demselben Grunde erscheint es angezeigt, die Leistungen der Hinterbliebenenfürsorge so bald wie möglich zu erhöhen.“

Ob die Reichsregierung diese Stimme hören und beachten wird?

Zeitsherrlicher Militarismus.

Mit der Parole: „Gegen den Militarismus! Gegen Kruppkaudate und Zäberner Offiziers-Ausfäureitungen!“ hatte der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Mühlhausen i. El. auf Donnerstag, den 27. November, abends 9 Uhr eine öffentliche Versammlung einberufen. Nicht genug damit, daß die Polizeidirektion das Anschlagende der Plakate wegen der Worte „Zäberner Offiziers-Ausfäureitungen“ unter sagte — die Offizierschre vertritt im Lande der „Wackes“ so etwas nicht — hat das Garnisonkommando auch noch den Saal abgetrieben, indem für den 27. Januar (Kaisers Geburtstag), wo das betreffende Etablissement „Wintergarten“ alljährlich mehrere Kompagnien zur Bewirtung zugewiesen bekommt, ein Militärverbot dem Wirt angekündigt wurde; zugleich wurde dem Wirt bedeutet, daß der allgemeine Militärbonkott für sein Lokal erzwungen werde. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins hat daraufhin eine Massen-Protestversammlung auf nächsten Sonntag vormittag in die mehr als 10000 Personen fassende städtische neue Markthalle einberufen. Wenigstens sorgt das Militär- und Polizeiregiment fleißig für neues Material zur Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über Zäbern!

Die Scharfmacher gegen den Hanjabund.

Die Proteste aus Angehellenkreisen gegen die Stellungnahme des Hanjabundes zum Streikbrecherstich mehren sich und nun melden sich auch die Scharfmacher, die aus entgegengesetzten Gründen mit dem Hanjabund unzufrieden sind. Der Sachwalter des Scharfmachertums, Landtagsabgeordneter Fuhrmann schreibt nämlich in seiner „Nationalliberalen Reichs-Korrespondenz“ zu dem bekannten gewundenen Beschluß des Hanjabund-Direktoriums:

Damit haben die drei leitenden Männer im Hanjabund, die Herren Geheimrat Dr. Rieper, Dr. Stresemann und Freiherr von Rüdiger, über deren Mitwirkung bei der Entschließung des Industrierrates ausdrücklich berichtet wurde, im eigenen Direktorium eine Niederlage erlitten. Sie haben vor dem Bunde der Festbesoldeten und den Angehellenverbänden kapituliert, die unbegreiflicher Weise in einer Frage, die sie wirtschaftlich kaum berührt, aus rein politischen Gesichtspunkten sich von der radikalen Presse zu Gegenemonstrationen zu den Forderungen des Industrierrates hatten treiben lassen.

Daß Herr v. Rüdiger und Dr. Stresemann bei dem arbeiterfeindlichen Beschluß des Industrierrates mitgewirkt haben, ist bisher noch nicht bekannt gewesen, das erfährt man in dieser positiven Form zum ersten Mal aus dem Artikel des Scharfmachers Fuhrmann. Das ist um deswillen von hohem Interesse, weil gerade Herr Dr. Stresemann stets bestritten hat, mit Scharfmachertum Beziehungen zu sympathisieren. Abg. Fuhrmann malt aus bereits das Ende des Hanjabundes an die Wand, indem er schreibt:

„Die Industrie hat mit einem Teil ihrer Mitglieder bisher noch Wert darauf gesetzt, mit dem Hanjabund in Fühlung zu bleiben. Ob sie, die unter wirtschaftlichen Leben in steigendem Maße beherrscht und bestimmt, noch weiter Neigung haben wird, sich in wirtschaftlichen Lebensfragen majorisieren zu lassen, wie es hier den Beschlüssen des Industrierrates im Bundesdirektorium ergangen ist, das möchten wir bezweifeln. . . . Wenn der Hanjabund in seiner Rundgebung vom 29. September sich bereit erklärte, Industrie und Landwirtschaft den „notwendigen“ Zollsatz zu gewähren, dann wird man nach den jetzigen Erfahrungen über die Standhaftigkeit der Bundesleitung kaum auf irgend einer Seite geneigt sein, über die Art und Höhe des „notwendigen“ Zollsatzes dem Hanjabund irgend welche maßgebliche Entscheidung zuzubilligen.“

Die Präsidentschaftswahl im badischen Landtage.

Der badische Landtag nahm am Freitag die Wahl seines Präsidents vor. Zum ersten Präsidenten wurde mit 37 Stimmen der nationalliberale Abg. Kohrhurst, der auch im letzten Landtage dieses Amt bekleidete, gewählt. Die Wahl des ersten Vizepräsidenten nahm zwei Wahlgänge in Anspruch. Zunächst wurde der Zentrumsmann Dr. Zehner mit 42 Stimmen der Linken und der Konservativen gewählt. Zehner lehnte jedoch ab. Mit 38 Stimmen der gesamten Linken wurde dann unser Genosse Geiß, der schon im letzten Landtage Vizepräsident war, gewählt. Zweiter Vizepräsident wurde mit 37 Stimmen der Fortschrittler Beneden. Die Posten der Schriftführer wurden ebenfalls von der

Der Reichstag

hat seine Arbeiten wieder aufgenommen. Eine neue Hochflut des politischen Lebens hat begonnen. Der Kampf um die

Hilfe für die Arbeitslosen

ist entbrannt. Die Volksfeinde wollen den Notleidenden nicht allein Steine geben statt Brot, sie organisieren obendrein einen

neuen Sturm auf das Koalitionsrecht,

eines der unentbehrlichsten Grundrechte der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie wird in den zu erwartenden schweren Kämpfen ihren Mann stellen, sie wird

dem Loben der Scharfmacher

mit positiven Forderungen verstärkten Arbeiterschutzes und vermehrter Fürsorge für die Armen und Schwachen begegnen, insbesondere auch sofortige und

durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung

verlangen. Auf allen Gebieten der Fürsorge werden die berufenen Vertreter der Arbeiterklasse eine eifrige Tätigkeit entfalten. An den Massen ist es, die sozialdemokratischen Aktionen dadurch zu unterstützen, daß sie sich in geschlossener Front hinter die Kämpfer stellen. Dringend nötig ist daher die politische Schulung der breiten Volksschichten, und ein Weg dazu ist die

Leffüre der sozialdemokratischen Presse.

An unsere Parteigenossen und Freunde richten wir deshalb wiederum die Bitte, für die Verbreitung ihres Blattes immerfort tätig zu sein, keine Mühe zu scheuen, um neue Bezahler, neue Leser zu werben für den

„Lübecker Volksboten“.

Linien besetzt. Es wurden 2 Nationalliberale, ein Fortschrittler und Genosse Stöckinger gewählt.

Die Wahl war insofern von Bedeutung, als sie die erste Kraftprobe zwischen der Rechten und Linken im neuen Landtage darstellte. Das Zentrum rechnete bestimmt darauf, daß die mit seiner Unterstützung gewählten und als Großblödgänger bekannten drei nationalliberalen Abgg. ihre Stimmen nicht dem Sozialdemokraten geben würden. Es wurde sogar in der Presse der Rechten ein starker moralischer Druck auf diese Abgg. ausgeübt. Wie die Abstimmung zeigt, stimmte die nationalliberale Fraktion geschlossen für unsern Genossen Geiß.

England.

Der Liberalismus und das Betrüben. Die Auflehnung gegen die Politik des maßlosen Betrübens, die die letzten fünf Jahre der liberalen Regierung kennzeichnet, greift in Liberalen Bürgerum Englands immer mehr um sich. Das zeigen zahllose öffentliche Versammlungen in allen Teilen des Landes, die Diskussionen von Handelskammern so wichtiger Industriezentren wie Manchester und Bradford, und die häufigen Entschuldigungstreden der verantwortlichen Minister. Nun tritt die Jahresversammlung des liberalen „Caucus“, die Delegiertentagung der großen liberalen Wahlorganisation, der Rational Liberal Federation, in Leeds zusammen. Darunter darf man sich freilich nicht eine Konferenz wie etwa einen sozialdemokratischen Parteitag vorstellen, der souverän ist und Beschlüsse faßt, die für die Führer bindend sind. Der liberalen Regierung steht es frei, die Beschlüsse dieses Parteitages zu befolgen oder zu ignorieren. Aber insofern wie der demokratische Parlamentarismus in England eine Wirklichkeit, in demselben Maße hängt die Politik der Regierung von den Beschlüssen des liberalen Parteitages ab. Es ist deshalb höchst bedenklich, daß die Frage der Rüstungen, speziell der Flotten-

rüstungen, den wichtigsten Diskussionsgegenstand des liberalen Parteitages bilden wird. Daß die große Mehrheit der Delegierten die bisherige Rüstungspolitik satt hat, darüber ist kein Zweifel möglich. Dem Parteitag wird eine Resolution vorliegen, die die englische Regierung auffordert, auf das Seebeuterecht und auf die Anwendung schwimmender Minen zu verzichten und auf der Haager Friedenskonferenz auf deren internationale Abschaffung hinzuwirken. Es ist kaum zweifelhaft, daß diese Resolution angenommen werden wird, und die liberalen Pazifisten dürften große Anstrengungen machen, um einen starken Vorstoß gegen die Rüstungspolitik der Regierung zu unternehmen. Ein Symptom dieser Stimmung ist ein Leitartikel der ministeriellen „Daily News“, mit dem dieses Blatt den Parteitag einleitet. Es schreibt: „Die Rüstungsausgaben der Regierung bedrohen das ganze System der Sozialreform und haben das Wort „Sparsamkeit“ aus dem liberalen Parteiprogramm gestrichen. Mr. Churchill's Ankündigung einer neuen großen Flottenvermehrung hat die Loyalität der liberalen Partei auf eine schier unerträglich Probe gestellt. Diese Probe wird nicht erleichtert durch die Wiederholung eines „Anerbietens“ an Deutschland, das mindestens als unbestimmt betrachtet wird. Andererseits wird sie sehr erschwert durch den durchaus reaktionären und gänzlich ungerechtfertigten Vorschlag, die Handelsflotte zu bewaffnen. Das ist ein Schritt zurück in die Barbarei. Was die Partei von ihren Vertretern verlangt, sind nicht rednerische Anerbietens und reaktionäre Taten, sondern ein entscheidender und positiver Schritt, um den furchtbaren und verschwenderischen Lasten eines wahnsinnigen Wettrüstens zu entriuen. Sie will nicht Worte, sondern Taten. Sie sieht klar und einmütig ein, es was schnell und ohne Gefahr geschehen kann. Das ist die Abschaffung des Seebeuterechts. Das kann ohne Verlust für unsere Flottenherrschaft geschehen, denn als die Eigentümer der halben Weltwirtschaft haben wir am meisten bei Seepreisen zu verlieren. Und diese Tat wird einen viel tieferen Eindruck am Kontinent machen, wird einen unvergleichlich überzeugenderen Beweis für unsern aufrichtigen Wunsch, einen Ausweg aus dem Morast der Rüstungen zu finden, liefern, als irgendwelche Anerbietens von Flottenfeierjahren. . . . Wir hoffen, daß die liberalen Abgeordneten der Regierung klarmachen werden, daß sie an der Grenz ihrer geduldigen Kapitulation vor den Forderungen unserer Kriegslords und Rüstungslieferanten angelangt sind.“ Es bleibt abzuwarten, ob die Liberalen wirklich die Kraft aufbringen, ihre Regierung zur Umkehr zu zwingen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 29. November.

An unsere Leser! Infolge des Annoncenandrangs am Freitag und Sonnabend ist es uns leider nicht möglich die Zeitung so rechtzeitig wie an den anderen Tagen herauszubringen. Wir ersuchen unsere Leser, unter Berücksichtigung dieses Umstandes das spätere Erscheinen der Zeitung am Freitag und Sonnabend zu entschuldigen.

Der Sozialdemokratische Verein hält am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. In derselben wird die Genossin Schlomer über den „Zusammenbruch der Junkerherrschaft im Jahre 1806“ referieren. Weiter steht die Silvesterfeier sowie die Anschaffung einer Kartothek für das Parteisekretariat auf der Tagesordnung. Das vollständige Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Die Bürgerschaft hat in ihrer gestrigen Sitzung recht deutlich bewiesen, daß ihre sozialpolitische Rückständigkeit mit ihrem Mangel an Selbstbewußtsein gegenüber dem Senat durchaus gleichen Schritt hält. Zunächst erfolgte die Ablehnung des Antrages Stellung und Genossen auf Schaffung einer Arbeitslosenversicherung. Herr Thiel von den Industriellen und Herr Henck von den Landwirtschälern richteten noch einmal ihre nicht gerade durch Verständnis für das ernste Problem auszeichnenden Ausführungen gegen den allerdings wirklich modernen Geist atmenden Vorschlag, den Genosse Steffling warm und geschickt verteidigte. In namentlicher Abstimmung erklärten sich 41 Bürgerschaftsmitglieder für und 51 gegen den Antrag, der damit zu Fall gebracht war von Leuten, die zum Teil der Beratung in erster Lesung überhaupt nicht beigewohnt hatten und von seiner Begründung sehr wenig wußten.

Dann kam die unterlassene Gesamtabstimmung über die Senatsvorlage betreffend die Nachbewilligung für das Stadtheater in zweiter Lesung zur Erörterung. Hier mußte die Bürgerschaft, wollte sie ihre Rechte und ihr Ansehen wahren, und dringt dem Antrage von Dr. Wittern zustimmen, der doch einen Beschluß der Bürgerschaft feststellen wollte, daß die Vorlage von der Bürgerschaft noch nicht verabschiedet sei. Dr. Wittern suchte in einer langen und recht bombastischen Rede die Erklärungen davon zu überzeugen, daß sie eigentlich gar nicht anders könnten, sollte nicht der Senat allen Respekt vor der Bürgerschaft verlieren, als seinem Antrage zuzustimmen. Es war jedoch vergeblich, denn mancher der jetzt aus der Bürgerschaft verschwindenden „zur Vertretung staatlicher Interessen besonders befähigter Leute“, war noch einmal wieder zu dem ausschließlichen Zweck im Saale erschienen, um dem Senat Hilfe zu leisten, indem sie den Antrag Dr. Wittern nicht stimmten. Genosse Böwig trat entschieden für diesen Antrag ein und beantragte weiter, dem Senat das lebhafte Bedauern darüber auszusprechen, daß er so eilig einem noch nicht gefaßten Beschluß beigetreten sei. Auch Dr. Köhler und A. Pape äußerten sich im gleichen Sinne. Die Bürgerschaft mehrheit, die mit ängstlicher Sorge jeden Konflikt mit dem Senat zu vermeiden trachtet, lehnte in namentlicher

Stimmung die Anträge Dr. Wittern und Löwig ab. Der Senat kann ihr in Zukunft alles bieten. Im Amtsblatt, dem Organ aller in Untertänigkeit vor unserer hohen und weisen Regierung ererbenden „geborenen Staatsmänner“ herrscht darob begreiflicherweise große Freude. Das wird bei allen freudig gestimmten Einwohnern Lübeds den Eindruck verstärken, daß der gestrige Tag für unser Viertelklassenparlament ein schwarzer war.

Als Freundin des Mittelstandes spielen sich die „Lübedischen Anzeigen“ gestern abend in einem Artikel auf, in dem es besonders der Sozialdemokratie verübelt wird, daß sie sich den Konsumvereinen freundlich und der Entwicklung der Warenhäuser nicht feindlich gegenüberstellt. Wir haben nicht die Absicht, gegen das Amtsblatt in dieser Sache zu polemisieren, sondern wollen nur feststellen, daß das gleiche Papier wiederholt gerade Lübeder Warenhäuser in seinem redaktionellen Teil glorifiziert hat, wenn diese Vergrößerungen ihres Betriebes vornahmen und bei ihm inserierten. Unter diesen Umständen wird wohl jeder die amtlich-büchliche Mittelstandsretterei als politische Heuchelei bewerten müssen. Das werden wohl auch die einschüchteren Mittelständler tun.

Die Konkurse in den freien Städten Hamburg, Lübeck und Bremen. Das monatliche Vierteljahrshesft der Statistik des Deutschen Reiches bringt lehrreiche Tabellen über die Konkurse des Jahres 1912. Daraus seien die nachfolgenden die freien Städte besonders interessierenden Angaben mitgeteilt. Im Jahre 1912 wurden in Lübeck angemeldet 39 Konkurse, von denen aber 13 wegen Mangel an Masse nicht angenommen wurden, in Bremen 84, darunter 19, die aus Rangell an Masse abgelehnt wurden und in Hamburg 223, darunter 145 abgelehnte. Im ganzen Reich wurden 1912 angemeldet 12 094 Konkurse, von denen 2885 abgelehnt wurden, weil nicht genug Masse vorhanden war. Verurteilt wurden in Lübeck 28, in Hamburg 181 und in Bremen 91 Konkurse, und zwar durch Schlußverteilung in Lübeck 19, Hamburg 91 und Bremen 60, durch Zwangsvergleich in Lübeck 3, in Hamburg 54 und in Bremen 18, mit allgemeiner Zustimmung in Lübeck und Bremen je 2 und in Hamburg 1, wegen Mangel an Masse in Lübeck 4, in Bremen 11 und in Hamburg 35. Die Schuldenlast bewegte sich bei den beendeten Konkursen unter 1000 Mk. bei einem in Lübeck und bei 3 in Bremen, 1000 bis 5000 Mk. 3 in Lübeck, 11 in Bremen und 16 in Hamburg, 5000 bis 10 000 Mk. bei 7 in Lübeck, 16 in Bremen und 29 in Hamburg, 10 000 bis 20 000 Mk. bei 8 in Lübeck, 15 in Bremen und 25 in Hamburg, 20 000 bis 50 000 Mk. bei 8 in Lübeck, 20 in Bremen und 33 in Hamburg, 50 000 bis 100 000 Mk. bei 1 in Lübeck, 15 in Bremen und 24 in Hamburg, 100 000 bis 500 000 Mk. bei 1 in Bremen und 4 in Hamburg, über eine Million bei 1 in Bremen und 2 in Hamburg. Die Dauer der Konkurse betrug bis zu 6 Monaten bei 4 in Lübeck, 9 in Bremen und 23 in Hamburg, 6—12 Monate 9 in Lübeck, 26 in Bremen und 60 in Hamburg, 1—2 Jahre 10 in Lübeck, 22 in Bremen, 61 in Hamburg, 2—3 Jahre 4 in Lübeck, 12 in Bremen, 18 in Hamburg, 3—4 Jahre 1 in Lübeck, 6 in Bremen, 7 in Hamburg, 4—5 Jahre 3 in Bremen, 5 in Hamburg, über 5 Jahre 3 in Bremen und 7 in Hamburg. Die Gesamtkosten der Konkurse betrugen in Lübeck 71 932 Mk., in Bremen 127 224 Mk., in Hamburg 565 881 Mk., darunter Vergütungen an die Konkursverwalter 19 860 Mk. in Lübeck, 53 581 Mk. in Bremen und 329 570 Mk. in Hamburg. Dazu kommen bare Auslagen der Konkursverwalter 1387 Mk. in Lübeck, 4782 Mk. in Bremen und 29 011 Mk. in Hamburg. Die Summe der angemeldeten Forderungen betrug 485 213 Mk. in Lübeck, 5 753 574 Mk. in Bremen und 14 227 410 Mk. in Hamburg, und zwar bevorrechtigte Forderungen 5002 Mk. in Lübeck, 93 158 Mk. in Bremen und 157 624 Mk. in Hamburg, nachbevorrechtigte Forderungen 40 241 Mk. in Lübeck, 5 660 416 Mk. in Bremen, 14 069 786 Mk. in Hamburg. Die verfügbare Masse betrug in Lübeck 307 786 Mk. = 63,4 % der angemeldeten Forderungen, in Bremen 768 125 Mk. = 13,5 % und in Hamburg 2 943 390 Mk. = 20,7 %. Der Ausfall bei den bevorrechtigten Forderungen betrug in Lübeck 690 Mk., in Bremen 18 309 Mark, in Hamburg 26 649 Mk. Der Ausfall bei den nichtbevorrechtigten Forderungen betrug in Lübeck 400 931 Mk. = 83,5 % (Die Zahl kann aber unzulässig niedrig sein, da sie in keinem Verhältnis zu der Teilungsmasse steht. Hier muß entschieden ein Druckfehler in den statistischen Mitteilungen sein.), in Bremen 5 177 739 Mk. = 90 % und in Hamburg 91,2 %. Im Reich betrug die Summe der bei den beendeten Konkursen angemeldeten Forderungen 399 497 226 Mk. Die zur Verteilung gelangende Masse betrug aber nur 95 638 580 Mark = 24 % der angemeldeten Forderungen. Der Ausfall bei den nichtbevorrechtigten Forderungen betrug 333 796 350 Mark; also mehr als eine Drittel Milliarde Mark. Im Jahre vorher betrug der Ausfall noch mehr, nämlich 362 Millionen Mark.

b. Dritte Strafkammer am 29. November. Herr Kurt Hoffmann. Unter diesem wohlklingenden seltsamen Namen mietete sich vor Jahresfrist hier ein junger Dekorationsmaler für ein. Er hatte sich eine „Gesellschafterin“ mitgebracht, die für den Unterhalt sorgte und unter seinem Schutze stand. Im Logis eignete sich der junge, vor Gericht sich auch dreißiggebürdende Mensch von seinen Mitbewohnern allerhand wertvolle Gegenstände an. Goldene Uhren und Uhretetten, Kleider, Stiefel, Ringe und verduftete dann mit der Beute, die er in anderen Städten versteckte. Alles zusammen soll 100 Mk. Wert haben. Wo dies gestohlene Gut versteckt ist, will der junge Herr nicht mehr wissen, so daß ein extra aus Dänemark gekommener Zeuge zu seiner wertvollen Uhr nicht mehr kommen kann. P. behauptet, daß er keine falsche Schlüssel zu den Zimmern der anderen Logisbesitzer besessen habe, sein eigener habe dazu gepaßt. Diese Ausrede konnte ihm nicht in allen Punkten widerlegt werden, so daß Einbruchdiebstahl nicht in Frage kommt und der Angeklagte statt der beantragten Zuchthausstrafe 9 Monate Gefängnis erhält. So bald wird der 20jährige Bursche mit Gymnasialbildung trotzdem nicht die Freiheit genießen, da ihm in Hamburg wegen Zuhälterei und Diebstahls 2½ Jahre Zuchthaus und 2 Jahre Korrekthausstrafe zuerkannt wurden. — Wegen Blutschande wurde der 37jährige Arbeiter M. zu 1½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er ist Vater von 12 Kindern, von denen 8 im Alter von 2—15 Jahren an dem Leben sind. Zu Oberbüßau und Krummsee hat er sich an der ältesten Tochter wiederholt auf öffentlicher Landstraße vergangen. — Jugendlischer Dieb. Der 17jährige Kellnerlehrling M. holte aus einem Kutt ein Opernglas des Oberkellners heraus. Bei diesem „Geschäft“ gewahrte er einen Schlüssel, der zu einem Schrank paßte, in dem Kontrollmarken verwahrt wurden. Er stahl 11 Markenbücher im Werte von 220 Mk. und verkaufte diese an den 18jährigen Kellner St. für 10 Mk. pro Stück. Die Marken galten im Hotel an Zahlungs Statt. Der kleine Verführer wird zu zwei Monaten und drei Tagen Gefängnis verurteilt, der Kellner wegen Hehlerei zu 2 Wochen Gefängnis. Den Verurteilten soll die bedingte Begnadigung zuteil werden. Gegen die Verantwortung einer solchen bei dem Fehler wendet sich der Staatsanwalt, der 6 und 1 Monat Gefängnis beantragt hatte.

Nicht verrückt! Seine 33. Strafe erwartete der Lackierer P., der Paletot, Jackett und Weste gestohlen und versteckt hatte. Nach seiner Verhaftung erklärte er sich für geistig unzurechnungsfähig. Er kam nach Strecknitz, wo wohl herausgefunden wurde, daß der Angeklagte erblich belastet, aber nicht verrückt ist. P. wuchs in einer Wirtschaft auf, trank später tüchtig drauf los und erfüllte so seine Bestimmung, die ihm die trunksüchtige Mutter auf den Weg mitgegeben hatte. Geistig krank waren sowohl Schwestern von väterlicher wie mütterlicher Seite und von seinen Brüdern ist erwiesen, daß sie ebenfalls Säuer sind. Pathologische Züge wurden beim Angeklagten wohl vorgefunden, jedoch nicht mehr als bei Gewohnheitsverbrechern. Auf dieses Gutachten hin bezeichnete der Erste Staatsanwalt den Angeklagten als gewerksmäßigen Gauner, der soviel aus der modernen Wissenschaft gelernt habe, daß ein sich geisteskrank Stellenber die Privilegien schöner Tage in der Irrenanstalt wenigstens einige Zeit genieße. Das Verurteilnis, daß P. noch nicht im Zuchthaus gewesen sei, müsse scheinungsmäßig nachgeholt werden. Das Urteil lautet auf 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Kraftomnibusverkehr Lübeck—Bahnhof—Kaffee—Sandesneben. Vom 1. Dezember ds. Js. ab muß in der Linienführung des Kraftomnibusses eine Änderung eintreten, da der kleine Umweg über Steinhorst infolge ungünstiger Wegeverhältnisse nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Statt dessen erhält nunmehr Klinskade direkte Verbindung. Der Omnibus wird also künftig von Bahnhof Kaffee über Dorf Kaffee und Klinskade direkt nach Labenz und Sandesneben resp. umgekehrt fahren. Der Fahrplan bleibt im übrigen unverändert und auch in den Fahrpreisen werden nur unbedeutende Änderungen vorgenommen.

Handelsregister. Am 27. November 1913 ist eingetragen bei der Firma Immobiliengesellschaft in Lübeck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer M. Cohn und E. Häfner ist beendigt. Der Assessor A. J. Lohmann und Dr. jur. H. Hofmann, beide in Lübeck, sind neu zu Geschäftsführern bestellt.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Bg. für je 20 Gr.). Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 2. Dezember, Bremen ab Bremen 6. Dezember, Amerika ab Hamburg 11. Dezember, George Washington ab Bremen 13. Dezember, Barbarossa ab Bremen 20. Dezember, Prinz Adalbert ab Hamburg 23. Dezember, Großer Kurfürst ab Bremen 28. Dezember, Präsident Lincoln ab Hamburg 30. Dezember, Kronprinz Wilhelm ab Bremen 6. Januar; Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe ausgenommen „Präsident Lincoln“, sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgeschwindigkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Väter und Mütter der Arbeiterschaft!

Schickt eure schulentlassenen
Söhne und Töchter zu den
:: Veranstaltungen der ::

Freien Jugend Lübeds!

pb. Gutwendetes Paket. Am 21. d. Mts. ist dem Hausdiener eines hiesigen Kaufmannes vor dem Postamt am Bahnhof von seinem Handwagen ein Paket mit Zuckerwaren, sogenannten Negertüssen, gestohlen worden.

pb. Ein herrenloses Schwein. Bei einem Anwohner der Bortaderstraße ist ein herrenloses Schwein zugelassen.

pb. Fahrtrabdiebstahl. Aus einem Hause der Nebenhofstraße ist am 28. ds. Mts. nachmittags ein Fahrrad Marke „Ideal“ mit schwarzem Gestell, eben solchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Lederhandgriffen, Freilauf, Rücktrittsbremse, der Fabriknummer 67888 und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 16255 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. An dem Rade befinden sich zwei Glocken, sowie Pedale mit Gummieinlagen.

pb. Paletotmarder an der Arbeit. Am 28. d. Mts. gegen 10 Uhr vormittags ist aus einem an der Sandstraße belegenen Hause ein dunkler Sommerüberzieher, ein grauer Jacketanzug und ein dunkles Jackett abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In den Anhängeln der Kleidungsstücke befindet sich der Name der Firma „Förder u. Hofmann“.

Theatervorstellung für den Arbeiterbildungsverein. Die Nachfrage nach den Karten zur „Wildschüh“-Aufführung ist derartig groß, daß sich der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins veranlaßt gesehen hat, mit der Direktion unserer päpstlichen Bühne eine nochmalige Aufführung des „Wildschüh“ am Sonntag, dem 14. Dezember zu vereinbaren. Wir weisen darauf besonders hin.

Malente. Ortsauswahlerfolg. Am 27. November fand hier eine Ergänzungswahl zum Ortsauswahlgremium statt; im Jahre 1911 gelang es uns, vier Genossen in diese Körperschaft zu wählen, ein Erfolg, der unseren Begnern schweren Kummer machte. Um in diesem Jahre nicht noch mehr Siege an uns abgeben zu müssen, waren die Bürgerlichen, entgegen sonstiger Gewohnheit, sich sehr einig und schonten auch Zeitung und Flugblätter nicht, um der Einwohnerschaft die schrecklichen Folgen klarzumachen, die entsünden, wenn eine sozialdemokratische Mehrheit zustande käme. Trotzdem gelang es uns, drei unserer Genossen durchzubekommen. Zwei auf 4 Jahre, ein Greisemann auf 2 Jahre. Von 536 Wahlberechtigten machten 365 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Abgegeben wurden für den

Bürger-Verein	Arbeiter-Wahlverein
Bentfeldt 171	Dose 160
Butenop 153	Chrich 163
Harms 173	Fürgens 158
Rugen 178	Wartens 162
Stammann 170	Wesch 163
Stegemann 161	Siebert 161

Ergänzungsmitglieder:

Frahm 156	Wolgt 163
Rieper 169	Wegner 159

Die Namen der Gewählten sind gesperrt gedruckt.

Samburg. Bürgerchaft. Der Antrag des Senats betreffend Erlaß eines Gesetzes über den Verkehr mit Kuhmilch kam am Mittwoch zur Beratung. Das Gesetz bestimmt, daß Kuhmilch, so weit sie nicht unter die im Gesetz genannten Milcharten fällt, nur unter den Bezeichnungen „Vollmilch“ oder „Magermilch“ in die Stadt Hamburg eingeführt, dort feilgehalten, verkauft oder in den Verkehr gebracht werden darf. Vollmilch ist die Kuhmilch, der nichts zugefügt und nichts genommen worden ist und die einen Fettgehalt von mindestens 2,7 vom Hundert und ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,029 bei + 15 Grad Celsius hat. Magermilch oder entrahmte Milch muß ein spezifisches Gewicht von mindestens 1,031 bei + 15 Grad Celsius haben. Unter „Milch“ ohne nähere Bezeichnung oder unter „frischer Milch“ oder dergleichen ist im Verkehr immer nur Vollmilch zu verstehen. Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen werden, falls nicht anderweitig höhere Strafen angedroht sind, mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft. Daneben kann aber auch die Einziehung der für den Verkehr bestimmten Milch verhängt werden, wenn sie den im Gesetz oder den Ausführungsordnungen dazu festgestellten Eigenschaften nicht genügt, oder in Widerspruch mit diesen Vorschriften geworren, behandelt, eingeführt, aufbewahrt oder in den Verkehr gebracht worden ist. Eine energische Durchführung dieses Gesetzes wird zweifellos zu einer gründlichen Beseitigung der gewöhnlichen Milchfäulung beitragen. In der Debatte erkannten alle Redner die Notwendigkeit eines Gesetzes an, das die Garantien bietet, daß nur unversehrte Milch in den Verkehr gebracht wird. Solche Garantien bietet das jetzt geltende Milchgesetz nicht. Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Genosse Krause für das Gesetz, er betonte ganz besonders scharf, daß die Revision des alten Milchgesetzes in erster Linie das Interesse der Konsumenten berücksichtigen müsse. In einem besonders krassen Falle konnte unser Genosse kennzeichnen, wie gewissenlos die Milch, das wichtigste Nahrungsmittel, im Profitinteresse veräußert wird. Ein Säugling wäre nach ärztlicher Feststellung fast zugrunde gegangen durch die Schuld eines Milchhändlers, der Säuglingsmilch für einen höheren Preis lieferte, diese Milch aber nicht nur wässerte, sondern ihr auch Borax zusetzte und sie dadurch gesundheitsschädlich für Säuglinge machte. Der Senatsantrag und ein Antrag Stubmann, der den Senat ersucht, im Bundesrat auf den baldigen Erlaß eines für das ganze Reich geltenden Milchgesetzes hinzuwirken, wurde einem Ausschuss überreicht. Zum Schluß der Sitzung gab es noch eine recht sibiile Hundebedehte. Der Senat beantragt eine Revision des alten Hundesteuergesetzes. Die Hundesteuer soll erhöht werden. Unser Redner, Genosse Krause, forderte durch das Gesetz eine Beseitigung der jetzt in Hamburg zu einem großen Uebelstand gewordenen Hundepflage. Er kritisierte scharf den Anzug, der mit der Begünstigung der Polizeibehörde getrieben wird, deren Augen aber gleich Null sei. Die Senatsvorlage wurde einem Ausschuss überreicht. — Ein pekuniärer Mißerfolg der Pégoud-Liegeerei. Die Pégoud-Beranstellung in Hamburg-Zuhlsbüttel hat der Pégoud-Gesellschaft ein Defizit von 18 000 Mark gebracht.

Delmenhorst. Schwere Raubanfall. Freitag abend wurden zwei Boten der hiesigen Zuteilpnerci, die von der Bank Geld zur Auszahlung geholt hatten, auf offener Straße an einer dunklen Ecke von drei Leuten überfallen und mit Schläuchen, die mit Sand gefüllt waren, niedergeschlagen. Der zu Hilfe eilende Nachwächter der Polizei wurde niedergeschossen; einer der Boten wurde schwer verletzt. Den Räubern gelang es, mit einem Beutel, der über 8000 Mark enthielt, zu entkommen.

Wismar. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich auf der Bahnstrecke Steinhäusen—Neuburg, indem der dort verkehrende sogenannte Röhrenzug den aus Neuburg gebürtigen 13jährigen Knaben Hans Seeler überfuhr. Dem Knaben wurden beide Beine, sowie ein Arm abgefahren, auch schwere Verletzungen am Kopfe zugefügt, sodas der Tod auf der Stelle eingetreten sein muß. Der Unfall soll auf eigene Unvorsichtigkeit des Knaben zurückzuführen sein.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Sonntag, den 30. November, nachm.: „Korallenfettlin“, Drama von F. Dülberg; abends: „Rinokönigin“, Operette von Jean Gilbert. — Montag, den 1. Dezember: „Carmen“, Oper von Bizet. — Dienstag, den 2. Dezember: „Freischütz“, Oper v. C. M. v. Weber. — Mittwoch, den 3. Dezember: „Die Rinkönigin“, Operette von Jean Gilbert. — Donnerstag, den 4. Dezbr.: „Der lebende Leichnam“, Drama von Leo Tolstoj. — Freitag, den 5. Dezbr.: „Der Barbier von Sevilla“, Komische Oper von Rossini. — Sonnabend, den 6. Dezbr.: Guckspiel Bühler „Der Registrator auf Reisen“, Posse von A. Arronge und G. v. Moser.

In Vorbereitung: Oper: „Walküre“, Regimentsföchter“, „Oberst Chabert“. Schauspiel: „Zill Gulenspiegel“, „Weihnachtsmärchen“.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich - genossenschaftliche
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags
abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Prospekt der Singer u. Co., Nähmaschinen-Fabrik, bei.

Koks Kohlen Briketts
 8966
 liefert billigst frei Haus
Hans Lübecke
 Kohlenhandlung
 Miedebeistr. 33/5. Fernruf 2378.
 Bei Liefer. ab Lager ermässigte Preise.

Guterhaltenes Fahrrad mit Torpedo 45 Wt., Mäntel, Schläuche und sämtl. Ersatzteile, Reparaturen aller Systeme gut und billig. (8962)
M. Schultz, Wafenmauer 5.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1914

Aus dem Inhalt des soeben erschienenen Kalenders erwähnen wir folgende interessante Abhandlungen:

August Bebel (mit Porträt in vier Farben) :: Wie erzieht man die Jugend zu freien selbstbewußten Menschen.
 Von Emil Sonnemann :: Krankheitsverhütung und erste Hilfe. Von Dr. J. Zadek :: Schöffen u. Geschworene. Von Karl Freter :: Der Reichsetat. Von E. Däumig.

Außerdem enthält der Kalender unter anderem: Alle für Arbeiter wichtige Adressen — Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912 und die Nachwahlen — Biographische Notizen der sozialdemokr. Reichstagsabgeordneten — Die Gewerkschaften i. Jahre 1912. Kalendarium, Geschichtskalender, Portotaxe, Merktafeln, Notizbuch.

Preis geb. 50 Pf.

Zu beziehen durch:

Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Im

Pelz-Haus

Friedrich

Zimmermann

Beckergrube 50

größte Auswahl in

Pelz-

Kragen, Krawatten, Schals, einfachen u. Fantasie-Muffen, Jacken, Mäntel, Herren-Geh- und Reise-Pelzen, Hüten, Barettts, Kinder-Garnituren, Fellvorlagen, Fellteppiche, Wagendecken.

Reparaturen etc. schnell und billig.

Kein Ausverkauf nach der Saison.

Sehr billige Detailpreise.

Zwanglose Besichtigung höfl. erbeten

Unübertroffen wäscht
Ragoda

gegen Gutscheine v. 5 Pf. 3 neu-silb. Teelöffel usw., 10 P. d. 1 Paar la. Solinger Messer u. Gabel od.

3 neu-silb. Eßlöffel usw. (222)

Schumana & Wille, Wittenberge.

Visitkarten

— II. Elfenbeinkarten —

100 Stück von Mk. 1.— an

hier

Die Buchdruckerei des

Lübecker Volksboten :

Johannisstraße 46

Gelegenheitskauf

Von heute ab gelangen zum Verkauf:

ca. **500 Paletots**

zum Teil **75%** unter Preis.

Einfarbige Ulster moderne Machart..... **6⁷⁵**
(Wert bis 16.50)

Elegante Mäntel aus Affenhaut und Velour ... **13⁵⁰ 8⁷⁵**
(Wert bis 36.00)

Eleg. Astrachan-, Krimmer- und englische Mäntel Modellkopien (Wert bis 65.00) . . **26⁵⁰ 19⁵⁰**

Ein grosser Posten

= Jacken-Kostüme =

zum Teil für die Hälfte und darunter.

In allen Abteilungen:

Große Preisermäßigungen.

Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

8978

.. Berücksichtigt bei Einkäufen unsere Inferenten ..

Letzte Neuheiten

in

Herren- und Knaben-Kleidung

Ulster und Paletots

hochmoderne Neuheiten

19⁰⁰ 27⁰⁰ 35⁰⁰ 44⁰⁰ 52⁰⁰

Herren-Beinkleider

mod. Schnitt, alle Weiten und Längen

2²⁵ 4⁵⁰ 6⁷⁵ 10⁰⁰ 15⁵⁰

Jünglings-Ulster

schicke, kleidsame Formen

16⁰⁰ 22⁰⁰ 29⁰⁰ 35⁰⁰ 43⁰⁰

Moderne Anzüge

ein- und zweireihig, tadellos sitzend

15⁰⁰ 24⁰⁰ 32⁰⁰ 40⁰⁰ 49⁰⁰

Loden-Joppen

für Herren und Knaben

4⁵⁰ 7⁷⁵ 11⁰⁰ 14⁰⁰ 21⁰⁰

Jünglings-Anzüge

letzte Neuheiten, Gesellenarbeit

12⁰⁰ 19⁰⁰ 26⁰⁰ 34⁰⁰ 45⁰⁰

Gesellschafts-Anzüge

Gehrock, Frack, Smoking

36⁰⁰ 48⁰⁰ 59⁰⁰ 68⁰⁰ 76⁰⁰

Reiseröcke, Loden- und Gummimäntel, Pelerinen und sämtliche

Herren-Artikel.

Knaben-Moden

Ulster, Pyjacks, Anzüge

Größte Auswahl. Alle Preislagen.

==== Rote Lubeca-Marken oder 4 Prozent in bar. ====

Spille & v. Lühmann

Lübeck, Sandstraße.

(8977)

Lübeck's grösstes Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Garderobe

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 28. November 1913.

177. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Falkenhayn, v. Jagow, Kommissare.

Kurze Anfragen.

Thumann (Els.) verliest eine Anfrage an den Reichskanzler, ob ihm bekannt sei, daß ein Offizier des 99. Infanterie-Regiments in Zabern gegenüber elsässischen Soldaten höchst beleidigende und die Gefühle der gesamten elsässisch-lothringischen Bevölkerung auf das schärfste verletzende Ausdrücke sich hat zuschulden kommen lassen, ohne daß die Militärbehörde für genügende Sühne gesorgt hat, und wie der Reichskanzler die elsässisch-lothringischen Soldaten vor solchen Insulten und die reichsländische Bevölkerung vor derartigen Herausforderungen schützen wolle?

Preussischer Kriegsminister v. Falkenhayn: Es ist allgemein bekannt, daß Angehörigkeiten in der Armee, mögen sie sich richten, gegen wen sie wollen, nicht geduldet werden, und daß gegen jeden, der einen Untergebenen vorchriftswidrig behandelt oder beleidigt, strafend eingeschritten werden muß, umso mehr, wenn durch die beleidigenden Ausdrücke landeshafliche Empfindlichkeiten berührt werden und durch sie Spaltungen in die Truppe getragen werden können. Eine Nachprüfung des so Veranlaßten steht allein dem höheren Vorgesetzten zu, ich als Vertreter der Heeresverwaltung bin nicht befugt, hier näher darauf einzugehen. (Unruhe.) Eine Beleidigung oder gar eine Herausforderung der Bevölkerung ist nicht vorgekommen. (Gr. Unruhe und Gelächter.) Die beanstandeten Ausdrücke sind ohne jede, auch die geringste Beziehung auf die Bevölkerung gebraucht worden (Lachen), und ohne, daß derjenige, dem sie zur Last gelegt werden müssen, auch nur im entferntesten geahnt hat, daß sie in die Öffentlichkeit getragen werden würden. (Unhaltende gr. Heiterkeit.) Das ist ja auch nur dadurch geschehen, daß Soldaten ihre Dienstpflichten zu wiederholten Malen gröblich verletzt haben. (Mha-Kufe.) Der höchst beleidigende Sinn, der dem Ausdruck vielfach unterlegt wird, war dem Offizier ganz fremd. (Unruhe; ein Zuruf: Warum hat er dann die Soldaten nicht mehr lassen? „Ich bin ein Wacker!“) Ich selbst war vier Jahre im Reichsland tätig und auch mir war diese Bedeutung des Wortes vollständig fremd, ich habe es wohl hin und wieder gehört, ausgesprochen habe ich es gewiß nie. Es handelt sich ja auch um einen sehr jungen Offizier. Ich will hiermit durchaus nicht sagen, daß nicht jeder junge Offizier der Armee in jedem Augenblick der hohen Pflichten und der Bedeutung seines ebenso schönen wie schweren Berufs eingedenk sein soll. (Bravo!) Ist er es nicht, dann muß er die Folgen tragen, wie ich denn überhaupt nichts beschönigen und nichts entschuldigen will. Aber ich darf vielleicht auf allgemeine Zustimmung hoffen, wenn ich sage, daß, wenn jede Entgleisung im glücklichen Alter von 20 Jahren und im Berufs- oder Dienstalter an die große Glocke gehängt würde, niemand ohne Sünde dastehen würde. Hiermit komme ich zur dritten und meiner Ansicht nach ernstesten Seite der gesamten Angelegenheit: die Aufregung ist entstanden, weil Soldaten dienstliche Vorgänge nicht zur dienstlichen Erledigung, sondern in die Öffentlichkeit gebracht haben (Zustimmung rechts, gr. Unruhe links) und weil ohne jede Berücksichtigung der schleunigst erfolgten Veröffentlichung der zuständigen Stelle, nach der niemand mehr über den wahren Sachverhalt im Zweifel sein konnte, und darüber, daß die Sache nunmehr ihren gefahrenreichen Lauf nehmen würde, die Vorgänge in maßloser und aufreizender Weise ausgebeutet worden sind. (Sehr richtig! rechts; stürm. Zurufe links.) Daß auch solche Zustände in der Truppe nicht geduldet werden können, das, m. H., ist klar. (Sturm. Bravo! rechts; gr. Unruhe links.)

Bock (SD.) fragt, ob es richtig sei, daß gefescherische Vorklänge gemacht werden sollen, die den Waffenhandel einschränken, wodurch die Waffenindustrie stark beunruhigt sei. Ministerialdirektor **Lewald** bestätigt, daß ein solcher gefescherischer Plan vorliege, der durch die mißbräuchliche Benutzung von Waffen, namentlich von Revolvern, veranlaßt sei. Die Vertretungen der Industrie seien aber gehört worden, hätten zum großen Teil zugestimmt und würden überdies nochmals gehört werden.

Dr. Herzfeld (SD.) fragt, ob eine Untersuchung über die Beziehungen des englischen-amerikanischen Tabaktrustes zur deutschen Zigarettenindustrie eingeleitet und Vertreter der Fraktionen des Reichstages hinzugezogen werden sollen. Unterstaatssekretär **Richter:** Wie bei der Bank- und Fleischquote wird auch hier Mitgliedern des Reichstages Gelegenheit zur Teilnahme geboten sein.

Dr. Zund (N.) fragt, ob es richtig sei, daß die Entwurfsbearbeitung zum Botichaftsgebäude in Washington einem Architekten übertragen worden sei, der sich an dem offiziellen Wettbewerb nicht beteiligt habe, und warum?

Staatssekretär v. Jagow: Das Auswärtige Amt hat einen Auftrag zur Ausführung irgend eines der Projekte überhaupt noch nicht erteilt, konnte das auch nicht tun, da die Projekte zunächst der Kgl. Akademie für das Bauwesen vorgelegt werden müssen. Im Etat ist auch noch gar keine Forderung für diesen Bau enthalten. (Gr. Heiterkeit.)

Alpers (Welfe) fragt, ob beim Ankauf von Militärpferden anlässlich der Heeresverlängerung die deutsche Pferdezucht benachteiligt worden sei.

Generalmajor Wild v. Hohenborn: Bei dem großen Bedarf mußten die Angebote überhaupt stark berücksichtigt werden; die deutschen sind hierbei nicht übergangen worden.

Auf eine Anfrage des **Abg. Göhre (SD.)**, wann und in welcher Gestalt die in Aussicht genommene Sachverständigen-Kommission für Wohnungsreform in Tätigkeit treten solle, antwortet

Ministerialdirektor Lewald, daß dies Anfang des nächsten Jahres der Fall und daß neben Sachverständigen und Vertretern der Wissenschaft und Praxis auch Mitglieder des Reichstages hinzugezogen sein sollen.

v. Morawski (Pole) befragt den Reichskanzler nach einem Verbot geistlicher Exerzitien, die ein Jesuitenpater in Polen für Dienstmädchen abhalten wollte, dieses Verbot sei ein Widerspruch gegen die versprochene milde Handhabung des Jesuitengeleges.

Ministerialdirektor Caspar: Dem Reichskanzler ist der Vorgang nur aus der Tagespresse bekannt. Er hat Veranlassung genommen, die Kgl. preussische Staatsregierung um Aufklärung zu eruchen; das Ergebnis steht noch aus. (Schallende Stt.)

Interpellationen.

Zu der sozialdemokratischen Interpellation wegen der Zaberner Wadens-Affäre erklärt ein General, daß, soweit die Interpellation nicht bereits durch die Antwort des Kriegsministers heute erledigt worden sei, sie in der zweiten Hälfte der nächsten Woche beantwortet werden soll, da über einige Einzelheiten des Falles noch Erhebungen angestellt werden müßten.

Die sozialdemokratische Interpellation wegen der Ausschließung des **Abg. Dr. Liebknecht** von der Rüstungskommission ist, wie

Unterstaatssekretär Richter erklärt, der Reichskanzler bereit, in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zu beantworten.

Wahlprüfungen.

Ueber die Wahlen der Abgeordneten **Peus (SD.)** und **Dr. Bachnick (Sp.)** soll, entsprechend dem Antrag der Kommission, Beweis erhoben werden.

Die Wahl des Abgeordneten **Hegenscheidt (Rp.)** beantragt die Kommission für gültig zu erklären; die **Abg.**

Albrecht und **Genossen (SD.)** beantragen Ungültigkeitserklärung.

Stadthagen (SD.): Der Landrat **Dr. Hegenscheidt** hat mehrere Wahlflugblätter zu seinen Gunsten selbst verfaßt und mit seinem Amtstitel unterzeichnet. Nach der ständigen Praxis des Reichstages ist das eine unzulässige Wahlbeeinflussung, wobei noch besonders ins Gewicht fällt, daß es sich hier um einen ostelbischen Wahlkreis handelt, wo die Macht des Landrats eine geradezu unbeschränkte ist. Gegen eine solche Beeinträchtigung der Wahlfreiheit muß Protest erhoben werden.

Mertin (Rp.): Gerade die Herren links erklären das Volk stets für mündig, wie können Sie also annehmen, daß die Leute auf den Rücken oder vielmehr auf den Bauch fallen, wenn ein Flugblatt von einem Landrat unterzeichnet wird. Aber wenn von Landrat die Rede ist, dann wird Ihnen blau oder schwarz oder meinetwegen blau-schwarz vor Augen. (Heiterkeit rechts.) Auf den amtlichen Stimmzetteln (Zuruf: Amtliche?) stand auch: „Kandidat ist Landrat **Dr. Hegenscheidt**“. Hätten die Freisinnigen den Antrag auf Ungültigkeitserklärung gestellt, so wäre das erklärlich, weil sie in der Stichwahl ausgefallen sind. Daß die Sozialdemokraten die Kassierung beantragen, um statt ihres Kandidaten den Freisinnigen in die Stichwahl zu bringen, ist nicht mehr Dampfung, sondern das ist der Pelikan, der seine eigene Brust aufreißt, um mit dem roten Blut seine Brüder zu nähren. (Große Heiterkeit.)

Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Wir haben ohne Ansehen der Person und der Partei lediglich der Gerechtigkeit zu dienen. Der Reichstag hat stets die Unterzeichnung von Flugblättern mit dem Amtsscharakter für unzulässig erklärt, das gilt umso mehr, wenn der Kandidat selbst Beamter ist. Grundsätze, die der Reichstag ausspricht, müssen selbstverständlich auch für die Herren Landräte gelten. (Sehr richtig! links.)

Stadthagen (SD.): Herr **Mertin** glaubt, in unserem Antrag einen Ueberfluß an Uneigennützigkeit erblicken zu können. Die Frage, ob eine Wahl gültig ist oder nicht, haben wir noch nie mit Rücksicht auf eine Partei geprüft, und werden es auch nie tun. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) In den Fällen **Braun** und **Buchwald** haben auch die Herren rechts in der Unterzeichnung von Flugblättern mit dem Amtsscharakter eine unzulässige Wahlbeeinflussung erblickt und die Wahlen kassiert, vermutlich, weil ihnen die Beeinflussung nicht stark genug gewesen ist. (Sehr richtig! links.) Es handelt sich hier darum, den Amtsbrauch zumungunsten der Freiheit der Wahl unmöglich zu machen. Wollte Herr **Mertin** eine Statistik anfertigen, wieviel Abgeordnete ihre Flugblätter selbst unterzeichnet haben, so würde er außer Herrn **Dr. Hegenscheidt** wohl kaum noch einen angeben können, und es ist bezeichnend, daß dieser eine gerade ein Landrat ist. (Sehr richtig! links.)

Dr. Bollert (N.): Wir sind Gegner jeder amtlichen Wahlbeeinflussung, aber im vorliegenden Falle kann ernstlich keine Rede davon sein. Der Kandidat wurde in seiner Eigenschaft als Landrat angegriffen, und hätte er sich dagegen nicht gewehrt, so wäre er kleinmütig und feige erschienen. (Lachen links.)

Dr. v. Weith (K.): Das Ziel der Protestler geht ausgesprochenemmaßen dahin, daß der Regierungsbeamte künftig nicht mehr als Kandidat zum Deutschen Reichstag auftreten darf. So lange aber die Beamten dies Recht noch haben, haben sie auch selbstverständlich das gute Recht, Wahlausrufe mit Hinzufügung ihres Amtsscharakters zu unterschreiben. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.)

Stadthagen (SD.): Dem **Vorredner** gegenüber verweise ich nur darauf, daß z. B. in **Baden** und **Württemberg** es ausdrücklich verboten ist, daß staatliche Beamte kandidieren, weil man darin die stärkste Wahlbeeinflussung erblickt. (Hört, hört! links.)

Mertin (Rp.): Der vorliegende Fall ist insofern ein Novum, als hier nicht ein Beamter für einen anderen Kandidat

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von **Ludwig Bendler.**

(26. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Und fragten Sie mich weiter,“ fuhr **Fräulein Marzani** fort, „wer übt Protektion, so müßte ich antworten: alle und keiner. Sie schwebt in der Luft, jeder weiß von ihr und ahnt, woher sie schwebt, doch niemand mag es, freien Mundes, ohne vorgehaltene Hand davon zu sprechen. Ich selbst habe mich einer solchen Protektion nie zu erfreuen gehabt, obgleich ich, wie man allgemein sagt, in meiner Kunst Gutes leiste.“

„Gewiß, Vortreffliches sogar,“ unterbrach **Maria** überzeugungsvoll die Sprecherin.

„Und das hat seinen Grund darin,“ erklärte die **Ballettmeisterin**, „daß ich um einer Karriere willen mich dennoch nicht entschließen konnte, meine Person, meine Ehre, meinen Körper als Ware preiszugeben.“

„Ein furchtbarer Gedanke!“ fiel **Maria** lebhaft ein.

„Mademoiselle **Jeanette de Bernet**, die jüngst hier gastierte und für ihre Mitwirkung in der **Soiree** des Herrn **Rebentisch** 1200 Mark erhielt, von der heute die Welt spricht, bildet zu uns den stärksten Gegensatz. Sie hat sich feilgebieten, einer Dirne gleich, und einen Nehmer gefunden, der hoch zu zahlen in der Lage ist. Bei so minderwertigem Können, wie **Fräulein de Bernet** es bietet, Primadonna eines Hoftheaters ersten Ranges mit dem Titel **Kammersängerin** zu werden, gelingt eben nur auf Grund von Protektion. Die aber läßt es gelingen, indem sie das bessere Können, die wahre Kunst beiseite schiebt. — Daß hin und wieder auch eine Dame besten Rufs und bester Sitten einen Weg macht, rechnet zu den großen Losen, die auf Erden gegogen werden.“

Durch ein Klingeln an der Wohnungstür wurde jetzt die Unterhaltung der drei Damen unterbrochen, zugleich aber auch beendet, indem **Fräulein Marzani** die Stunde als herangenahmt erklärte, zu der sie sich in der Regiehung zwecks Bestimmung der Proben des nächsten Tages zu begeben hatte.

Von **Maria** unterstützt, bekleidete sich die Tänzerin mit **Paletot**, **Hut** und **Ueberjuchen**, während dessen **Tante Christine** dem Einlaßbegehrenden öffnete.

Ein Bote mit einem Briefchen an **Fräulein Christine Bergmann**.

„**Aha**, von **Stolzberg**.“ — **Kasch** öffnete die **Tante** und las. — Das war ja wenig nach Wunsch und zudem gegen alles Erwarten. Schnell in die **Tasche** mit der **Nachricht** und dann heiter dreingehäut, daß niemand Wind davon bekam.

Auf **Marias**, nach dem Abschied der Tänzerin gestellte Frage, ob für sie was abgegeben sei, erklärte **Tante Christine**, jetzt schon um Lügen nicht mehr in Verlegenheit:

„Gott bewahre, nur vom **Kohlenhändler** eine **Preisnotiz**, Dinger, wie sie alle Tage jetzt ins Haus geflogen kommen. Jeder will Geschäfte machen, aber leider, man kann nicht von allen kaufen. — **Ubrigens** — ein feines, liebenswürdiges Mädchen, dies **Fräulein Marzani**, um die sich ihre Lehrerin wirklich bedeutendes Verdienst erworben hat. Weißt du den Namen dieser Lehrerin?“

„Nein.“

„Und wo sie leben mag? Ich möchte gar zu gern erfahren, ob es die berühmte **Ruffent** ist, von der man zu meiner Zeit so viel sprach.“

Wie verärgert es die **Tante** anstellte, auf irgend eine Spur zu kommen. Sie hatte nie im Leben von einer **Tänzerin Ruffent** gehört. Alles war **Spiegelgläser**, aber sie pries sich glücklich, ihren Zweck erreichen zu sollen, indem **Maria**, arglos wie sie war, versprach, gelegentlich **Fräulein Marzani** nach Namen und Wohnort ihrer Lehrerin zu fragen.

Daß weiteres in **Marias** Sache geschehen mußte, war doch klar und **Tante Christine**, spannkraftig wie ein **Stehauf**, hatte schon wieder, nachdem **Stolzbergs** Bescheid wenig hoffnungsfreudig ausgefallen, zwei neue Bahnen in Betracht, die sie beschreiten wollte, um endlich für ihre **Nichte** ein greifbares Ziel zu erreichen.

Die **Vorarbeiten** für beide neu anzustellende **Verfuche** traf sie noch an demselben **Nachmittag**. Sie begab sich in das **Bureau** des auf **sozialistischem** Boden stehenden und ihr für den bewußten Zweck von ihrem **Hauswirt** als besonders geeignet empfohlenen **Rechtsanwalt Wensberg**, um zunächst nach dessen **Sprechstunden** zu fragen.

Im Anschluß hieran steuerte sie dann dem **Rathause** zu, wo sie eine **Audienz** bei dem **Leiter** auf einige Tage verreißen **Oberbürgermeister Rinkleben** nachzujuchen bestrebt war.

Dreizehntes Kapitel.

Das **Kaiser-Café**, nicht weit vom **Stadttheater** entfernt, war nachmittags in der Zeit von drei bis gegen sieben Uhr der **Sammelpunkt** aller derjenigen, die entweder selbst zum **Personal** des Theaters gehörten, oder **Besuch** mit diesem suchten, oder sich soweit für einzelne aus seiner **Mitte** interessierten, um den **Wunsch**, sie in nächster Nähe zu betrachten, begreiflich erscheinen zu lassen.

Gerade am heutigen **Nachmittag** war der **Zulauf** der **Gäste** außerordentlich stark dort, und man konnte einen großen Teil bekannter **Persönlichkeiten**, wie sie an den verschiedenen **Tischen** gruppiert umher saßen, in ihren **Liebhabezeiten** und **Gewohnheiten** beobachten.

Hier hatten sich **Kekentinn**, **Baldenius**, der **Cellist Stevenson** und **Konzertmeister Braun** zu einem emigen **Stat** zusammengetan, dessen Ereignisse teils durch laute **Wutbrüche** der **Heiterkeit**, teils durch **Kekentins** ungezügelte **Flüche**, hier und da auch durch gelegentliche kleine **Zankfragmente** zur Kenntnis der Anwesenden gelangten.

Dort am **Billard** arbeiteten an einer **Partie Boule** der **Messeur Langhammer**, **Kapellmeister Heberlein**, **Herr Feodor Bartuschek** und der kleine **Buffo-Tenor Weber**, deren keiner dem anderen auch nur einen **Ball gönnte**, und die schließlich über die **Schreibart** des **Spiels**, das sie spielten, so arg in **Differenzen** gerieten, daß **Heberlein** wutentbrannt das **Queue** auf die **grüne Tafel** schleuderte und für seinen **Mitspieler Langhammer** den **intoleranten Wunsch** äußerte, „der **Teufel** solle ihn holen.“

Langhammer behauptete nämlich, daß **Boule** mit einem **B**, wie **Heberlein** es sprach, die falsche **Schreibart** sei, daß aber **Heberlein** als **königlicher Sachse** für die **krankhaft verbreitete Unklarheit** seines **Volksstammes** über **harte** und **weiche** **Konsonanten** persönlich nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Bernicke und **Hannenschmidt**, der **seriöse** **Bas**, zeigten sich, ganz abgesehen von **Kollegen** und **Bekanntem**, über und über in eine **Partie Schach** vertieft, darin jeder von beiden sich ein **Meister** wähnte und behauptete, bereits in verschiedenen **internationalen Turnieren** die **gewiegtesten** **Gegner** aus dem **Sattel** gehoben zu haben.

„An wenn de mir ooch, oller **Sohn**,“ erleichterte **Bernicke** seine **Seele**, nachdem er **heut** **abermals** die **Partie** verloren, „in diese **Saison** schon **zwei** **Duzend** mal **matt** gemacht hast, det is noch kein **Beweis**, det du der **bessere** **Spieler** bist. **Sestern** z. **B.** hatt' ich mir **erschrocken**, weil mir de **Feierwehr** **beinahe** **überfahren** hatte, vorjestern **stiebst** mir der **Piccolo** den **Schnitz** **Kulmbacher** über de **Hose**. Det sind **Vorjänge**, um drüber die **jeistige Balance** zu **verklären**, na, um det der **Zeit** bei' **Schachspiel** 'ne **Rolle** spielt, wirste mir doch **zujeben**.“

In **weniger harmlosen** **Jahrwasser** schien sich die **Unterhaltung** zu **bewegen**, die, gleichfalls ziemlich **abseits** vom **Gros** der **Gäste**, der **Kommerzienrat Rebentisch** und **Direktor Ustmann** miteinander **pflegten**.

„**Unbegreiflich**, lieber **Freund**,“ hub der **erstere** an, „wie man als **versierter Praktikus** so **plump** in **so**ne **Gesichte** reingehen kann. **Esst** prüft man doch und **sondirt** und **tritt** den **Rückzug** an, wenn man sich in der **Adresse** **geirrt** hat. **War** Ihnen denn gerade die **eine** **so**ne **dringende** **Notwendigkeit**?“

„**Allerdings**, ich gestehe, ihre **ungeheuerliche** **Naivität**, das **Aparte** der **Persönlichkeit** —“

daten eintritt — das hat der Reichstag für nicht zulässig erklärt — sondern für sich selbst.

Hirsch (SD.): Also für einen anderen darf ich nicht stehen, aber für mich selbst darf ich stehen! (Sehr gut! bei den Soz.) Der Reichstag ist es seiner Würde schuldig, sich zu verhalten, daß Männer für Abgeordnete werden, die ihren Amtskarakter selbst bezeugen, um sich wählen zu lassen. Gegen einen solchen Mangel an Geschmack müssen wir uns aus Reinlichkeitsgefühl wehren.

Die Abstimmung erfolgt, wie über alle Wahlprüfungen, erst am Dienstag.

Die Wahl des Abg. Haupt-Verdchow (SD.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Reichhaus (SD.) begründet einen Antrag auf neue Beweiserhebungen. Die Kommission hat dem Gewählten 26 Stimmen von den auf ihn in Wädern gefallenen Stimmen abgerechnet, wogegen an sich nichts einzuwenden ist, da Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. In Groß-Wubide aber, wo der Amts- und Wahlvorsteher Krid während der Wahl, als ihm gemeldet wurde, daß die konservativen Stimmzettel ausgegangen seien, von seinem Buchhalter neue konservative Stimmzettel schreiben und verteilen ließ, und wo die Kommission in Absicht eine amtliche Wahlbeeinflussung deswegen festgestellt hat, zieht die Kommission keine ziffermäßigen Folgerungen. Das ist eine Ungerechtigkeit, und deshalb beantragen wir, über den Fall Groß-Wubide Beweise zu erheben. Nach der früheren Praxis des Reichstages müßte aber sowohl der Wahlakt in Wädern, wo die Wahlkwerter nicht in die Urne getan, und später kommenden Wählern sogar bereits früher abgegebene gefüllte Wahlkwerter ausgegossen wurden, ebenso wie der Wahlakt in Groß-Wubide völlig festgestellt werden. Zwar ist das hart für die unglücklichen Wähler, aber es entspricht langjähriger Praxis. Vor allem aber ist es eine Ungerechtigkeit, in Wädern Folgerungen zum Nachteil des Gewählten zu ziehen, in Groß-Wubide aber keine Folgerungen zu ziehen.

Dr. Neumann-Hofer (Vp.): Die Praxis des Reichstages geht dahin, die Folgerungen immer zum Nachteil des Siegers zu ziehen. Das ist in Wädern geschehen. In Groß-Wubide liegt der Fall außerordentlich milde. Wenn aber Folgerungen gezogen würden, so müßte es aber auch hier zum Nachteil Haupts gehen nach unserer Praxis. Von einer Ungerechtigkeit kann nicht gesprochen werden.

Reichhaus (SD.) hält keine Ausführungen unter Berufung auf die Vergangenheit aufrecht, während v. Veit (K.) sich Dr. Neumann-Hofer anschließt und bemerkt, daß immer neue Beweiserhebungen nur die Käuflichkeit hinanziehen würden.

Die Abstimmung erfolgt am Dienstag. Der nächste Fall ist der des Zentrumsabgeordneten Kuchhoff-Köln-Land. Die Kommission beantragt Beweiserhebungen.

Stadthagen (SD.) beantragt Ungültigkeit, weil vielfach die Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle in den Umschlag gesteckt worden seien usw., Kuchhoff's Mehrheit aber sehr klein sei.

Dr. Füllieger (Z.): Wegen harten Andranges waren mehrere Wähler gleichzeitig in der Zelle, der Wahlvorstand hat das aber unterlagert.

Föllert (Vp.) in für Ungültigkeitserklärung.

Die Wahl des Abg. Kopych (Vp.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Dr. Ublach (Vp.) bepricht das bekannte 1500-Mark-Angebot des konservativen Malermeisters Weimann an den sozialdemokratischen Vertrauensmann für Agitation gegen den Fortschritt. Der konservative Parteibeschluß gegen ein solches Vorgehen ist merkwürdig spät gekommen. Auffallend ist, woher ein einfacher Malermeister solche Summen zur Verfügung hatte. Nachdem das Teufelstüchlein vorüber war (Zurück h. d. Zeit: Von konservativer Seite war es ein Wächter! Gehilt.) erschien ein Flugblatt, worin angeblich sozialdemokratische Wähler erklärten, daß, wenn Kopych siele, die Konservativen in Hirschberg und Götzig sich zu gunsten der Sozialdemokraten der Stimme enthalten würden. Als Drucker war ein liberaler Drucker angegeben, der es abgelehnt hatte, das Flugblatt zu drucken. — Diese Vorgänge zeigen, einen Tiefstand der politischen Moral. (Lebh. Beifall links.)

Graf Praxma (Zr.): Herr Ublach sollte sich nicht über Wahlmachten beklagen, nächstens werden wir die freisinnigen Wähler in Hirschberg aufdecken.

Graf v. Weharp (K.): Der Löwenberger Fall ist einer der wenigen, aber durchschlagenden, die den konservativen Parteibeschluß veranlassen haben. Der Malermeister hat ganz aus eigener Initiative gehandelt. Wir warten auf einen,

dem konservativen Beschluß entsprechenden Beschluß der Fortschrittspartei. (Lachen links.)

Dr. Ublach (Vp.): Möge Graf Praxma nur mit seinen Enthüllungen herauskommen! Von der konfessionellen Verhegung, die das Zentrum in das Riesengebirge getragen hat, hatten wir vorher keine Ahnung. Einen solchen Beschluß, wie ihn die Konservativen so auffallend spät gefaßt haben, fassen wir nicht, raten Sie das doch dem Ihnen befreundeten Zentrum!

Graf Westarp (K.): Schon am 16. Mai hat die „Konservative Korrespondenz“ den Fall Löwenberg mißbilligt. Wir geben der Öffentlichkeit Klarheit, aber die Dämpfung war unklar. (Stk. links.)

Die Wahl des Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (SD.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Dr. Neumann-Hofer (Vp.) beantragt Beweiserhebung. Wenn Cohn's Mehrheit auch groß genug sei, so sei er doch nach dem Protest vielfach als amtlicher Kandidat angesehen worden. (Stk. b. d. Soz.)

Abg. Stücklen (SD.): Die Behauptung, Cohn sei amtlicher Kandidat gewesen, ist geradezu absurd. Schon nach der Hauptwahl herrschte Heulen und Zähneklappen bei der Regierung und der Reichskanzler bemühte sich krampfhaft, alle bürgerlichen Parteien unter einen Hut zu bringen.

Dr. Neumann-Hofer (Vp.): Eine amtliche Kandidatur liegt doch nicht erst dann vor, wenn ein Telegramm kommt: Fürst wünscht Cohn. (Gr. Stk.)

Stücklen (SD.): Die behaupteten Verstöße sind zum Teil allerdings erheblich; aber selbst, wenn alle Behauptungen der Proteste als wahr unterstellt werden, behält Cohn immer noch eine Mehrheit von über 300 Stimmen.

Damit schließt die Diskussion.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr. (Kleine Vorlagen.)

Schluß: 3 1/2 Uhr.

Soziales.

Ortskrankentafelwahl in Barmen. Bei der Ortskrankentafelwahl in Barmen entfielen von 15840 abgegebenen Stimmen auf die Liste der freien Gewerkschaften 9576, die der Christlichen 5811; die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erhielten 226, und die Gelben 207 Stimmen. Demnach erhielten die freien Gewerkschaften 36 Sitze, die Christlichen 22, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die Gelben je einen Sitz. Dieses Resultat ist besonders wegen der großen Stimmzunahme der Christlichen bemerkenswert, es zeigt aber auch, wie bedeutungslos die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die Gelben sind.

62 Millionen Mark elektrische Verdienste. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft die ersten Ziffern aus ihrem Abschluß des Geschäftsjahres 1912/13. Mit steter Genugtuung stellte man fest, daß ausschließlich aus dem Jubiläumsgeschäft 28,9 Millionen Mark Reingewinn herausgeholt worden seien. Jetzt machen Siemens & Halske bekannt, was sie, nachdem manche Million des Jahresverdienstes still verbucht worden ist, an Reingewinn erzielt haben. Es sind 12,5 Millionen Mark. Die Elektrizitäts-A.G. vormals Schudert in Nürnberg, weist einen Reingewinn von 7,3 Millionen Mark aus. Das Gemeinschaftsunternehmen von Siemens-Halske und Schudert & Co., die Siemens-Schudert G. m. b. H. weist für die gleiche Periode 13,4 Millionen Mark an Reingewinn aus. Stellen wir die als Reingewinn ausgewiesenen Verdienste dieser vier Elektrizitätsgesellschaften zusammen, dann ergibt sich das folgende Bild:

Siemens-Halske	12 511 197 Mk.
Siemens-Schudert	13 847 970 "
A. G. G.	28 904 483 "
Schudert & Co.	7 296 476 "
Summa	62 560 126 Mk.

Zu diesen Ziffern muß aber immer wieder betont werden, daß sie nur einen Teil, kaum die Hälfte, der wirklichen Reingewinne dieser vier großen Elektrizitätsgesellschaften darstellen. Alle Verdienste aus Effektenpekulationen, Gründungsarbeiten und sonstigen Finanztransaktionen veranschulden als geheime Reserven und dienen zur fortgesetzten Vergrößerung der Kapitalmacht.

Man sieht, die Aktionäre, die immer arbeitslos sind, sie brauchen nie Hunger zu leiden und 1912/13 war für sie eine Zeit glänzender Verdienste. Zugewinnen kommen aus der Elektrizitätsindustrie immer neue Nachrichten, daß man zu

Arbeiterentlassungen greift, weil neue arbeitssparende Maschinen einen noch profitableren Produktionsprozeß ermöglichen.

Altersversicherung in Holland. Die holländische Regierung hat jetzt eine Vorlage veröffentlicht, durch welche das Altersversicherungsgesetz des klerikalen Kabinetts durch ein Gesetz über unentgeltliche Staatspensionierung aller bedürftigen alten Leute ersetzt werden soll. Damit kommt die Regierung einer Forderung nach, die unsere Partei seit dem Jahre 1896 anfangs unter dem Hohn sämtlicher bürgerlichen Parteien, dann aber unter steigendem Beifall propagierte. Leider ist aber das Gesetz, so gut es in prinzipieller Hinsicht ist, so dürftig in der Ausführung. Es versteht die Alterspension erst mit dem 70. Lebensjahre und nur demjenigen, der unbescholten ist, sich nicht dem Trunke ergeben hat, in den letzten 10 Jahren keine Gefängnisstrafe erlitten und in den letzten 5 Jahren keine Armenunterstützung bezogen. Und auch diesen werden nur zwei Gulden in der Woche, einem Ehepaar nur drei Gulden (1 Gulden = 1,65 Mk.) zugesichert.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein „nützliches Element“. Das Düsseldorf'sche Schwurgericht hat am Donnerstag nach dreitägiger Verhandlung den „Arbeiter“ Paul Fakhender aus Korschenbroich bei Mülheim-Gladbach wegen Raubmordes zum Tode verurteilt. F. hatte am 19. Juni d. J. den Arbeiter Dorsten in ein Kornfeld gelockt, ihn dort erschossen und seiner Barthaft beraubt. Die Gerichtsverhandlung brachte einige interessante Einzelheiten über den Charakter des neunzehnjährigen Mörders. F., der einem Orte entstammt, wo das Zentrum noch unumschränkt herrscht, hatte nie Lust zum Arbeiten, sondern trieb sich mit Mädchen umher und lebte vom Diebstahl. Beim Krefelder Fährerstreik im Frühjahr ds. Js. aber machte er den staatsverhaltenden „Nützlichen“. Er leistete dort Kausreißerdienste und stand unter besonderem polizeilichen Schutz! Zu „seiner Sicherheit“ trug er während dieser Zeit ständig einen Revolver bei sich; er hatte sich auch damit gebrüht, daß er jeden Streikenden, der ihm zu nahe komme, einfach niederschießen werde! Das sind die „nützlichen Elemente“ zu deren „Schutz“ heute die Scharfmacher aller Schattierungen nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterklasse streifen!

Der Leutnant und der Arbeiter. Der Leutnant v. Forstner hat für den Gebrauch des beleidigenden Wortes „Wades“ einen Verweis erhalten. Die militärkommission konservativen Blätter hielten diese Bezeichnung für einen geistreichen Scherz, gegen den sich überhaupt nichts sagen lasse. Vor dem Gericht in Mülhausen (im Elsaß) erschien dagegen ein deutscher Arbeiter. Während eines Streiks hatte er einen arbeitenden Elässer mit „Wades“ beschimpft. Das Gericht fand, daß dieses Wort zu den schlimmsten Beleidigungen gehöre, die man einem Elässer sagen könne, und verurteilte den Arbeiter zu einer Woche Gefängnis. — Wenn zwei daselbe tun ...

Verbrechen wider das leimende Leben. Gegen sieben Frauen und Mädchen wurde vor dem Landgericht Mülhausen I ein Verfahren wegen Kindesabtreibung eröffnet. Die „Helferin in Not“, die 62 Jahre alte Hausiererinnen Babette Karl von Augsburg, sowie ihre „Mittlerin“, die Kaufmannsrau Eugenie Krauß von Waldenburger wurden vor das Schwurgericht verwiesen. Die alte Karl betrieb in Mülhausen, nachdem sie eine 12jährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte, einen Handel mit Goldwaren und das Abtreiben gewerbsmäßig. Sie „assoziierte“ sich mit der Krauß, die wie die Karl, sich mit der Abtreibung beschäftigte, in der Hauptsache aber sich damit begnügte, der alten Karl die Kundinnen zuzuführen. Die Tage für jede „Abtreibung“ betrug in der Regel 50 Mk. Auch Mixturen für Schwangere hielt die Karl zum Verkauf bereit und ließ sich für die Flasche bis zu 9 Mk. bezahlen. Die beiden „Damen“ gingen in ihrem Geschäftsbetrieb ganz ungeniert vor. Blicke eine der Kundinnen mit dem Honorar im Rückstande, bekam sie eine Zahlungsaufforderung mit der Drohung, wenn sie nicht gutwillig bezahle, sie in der Öffentlichkeit blamiert werde, so daß sich die Karl auch wegen Erpressung zu verantworten haben wird. Daß die der alten Karl zur Last gelegten Dinge sehr einträglich gewesen sein müssen, mag daraus hervorgehen, daß in ihrer Wohnung — die Karl bezog von der Armenpflege Mugsburg Armenunterstützung — gelegentlich einer polizeilichen Hausdurchsuchung die Summe von 23.500 Mk. teils in bar, teils in Banknoten gefunden wurden.

„Mann, wo Ihnen fünfzig andere jederzeit zur Verfügung stehen! Was Soares hat jede. Und hinterher noch, nehmen Sie mir's nicht übel — die Dummeheit, sich den Verger so unverschämten merken zu lassen!“

„Was? Was ist da Auffahendes? Mich hat das von mir engagierte Mitglied nicht betriebligt, da helfe ich es halt, das ist mein Recht.“

„Das Ihnen jeder unbeschäftigt lassen würde, lebten nicht sofort diese und jene Gerüchte von früher wieder auf. Wozu einem Bedachte neue Rührung geben? Denken Sie an den internationalen Frauenkongreß mit seinen Stichworten, wie: „Jepuelle Hörigkeit der Schaumierlerin“, „geschlechtliche Sklaverei“, usw. usw. — Beiträge zur chronique scandaleuse — um Gottes willen! Die hätten uns gerade gefehlt.“

Die Sorge des Kommerzienrats um das liebe „Ich“, die in der Warnung deutlich mit enthalten war, schien bei dem Herrn Direktor keinen Eindruck zu machen, zum mindesten zeigte er wenig Teilnahme, indem er gleichgültig den Kopf schüttelte.

„Wahre Heber Herr Kommerzienrat, Sie sind ein Hakenhaken.“

„Durchaus nicht, wohl aber, wie's scheint, ein bißchen länger als Sie. Meiner Ansicht nach sollten Sie trotz allem das Mädchen hin und wieder beschäftigen. Mein Stolzberg in ein liebendes Mädchen, er wird sich bei einem einfachen „Nein“ nicht beruhigen. Außerdem — die eifernde Tante, die dahinter steht.“

„A hab, lassen Sie die Leute nur kommen und das meine Sorge sein. — Aber nun zum Thema „Wahre“ — inwiefern wird er Heberlein engagieren?“

„Im, mehr als Joan lieb sein wird. So soll die Opern besitzer, die Heberlein hat keine dirigieren soll, er — binat dafür um seine Entlassung.“

„Was sagen Sie?“

„Am möglich bald in seinen fünfjährigen Vertrag nach — Mädchen abzuwehren.“

„Was Heberlein? Solert? Na, davon kann ja gar keine Rede sein.“

Die Wendung der Dinge schien Herrn Mann, unerwartet wie es sein, doch wenig zu haben. „Was denkt sich Frau der Heberlein?“ fuhr er in ruhiger Enttäuschung fort. „Er hat noch Vertrag für volle zwei Jahre. Dieke ich ihn, weil ich noch kein geschicktes Ingenieurwissen mit mir und Heberlein möglich ist, um Beendigung dieser Saison laufen, hätte er mit auf den Knien danken. Haben Sie übrigens gesehen, wie die Presse ihm um den Bart geht?“

„Gewiß — habe ich. Die ganze Schuld an dem verunglückten „Heberlein“ fällt auf Sie wegen der miserablen Be-

„Gerade jetzt, vor Erneuerung des Pachtvertrages — das kommt mir ungelogen. Ich werde den Herren Kritikern wieder mal aufs Dach steigen. Die Kerle sollen schreiben, was ich will, sich nicht in Lobesansagen über beliebige Mitglieder ausblenden. Wozu gebe ich Freibillets?! Etwa, um mich ärgern zu lassen?“

Während dieser Unterhaltung der beiden Herren hatte, lupus in fabula, auch der Kapellmeister Walthert die Räume des Cafés betreten.

Sich setzen an irgend einem der Spiele beteiligend, wollte er seiner Gewohnheit, hat dessen eifrig in den Blättern herumzuwühlen, auch heut folge leisten und nahm zur eigenen Bequemlichkeit ganz in der Nähe der Zeitungs-Repositoryn Platz.

Hierbei achtete er nicht darauf, daß er dicht in die Nachbarschaft der beiden Leute geraten war, denen er, wie die Dinge eben lagen, lieber ausgewichen, als ihnen in den Weg gelaufen wäre.

Nicht sehr angenehm berührte es ihn denn auch, als er sich nach wenigen Minuten, die er den „Münchener Neuesten“ gewidmet hatte, durch eine bekannte Stimme:

„Kapellmeister, Kapellmeister Walthert!“ angerufen hörte.

Was mochte den Kommerzienrat Reventisch nach den jüngsten Vorkommnissen in eigenen Hause, nachdem sie gestern als scharfe Gegner auseinander gegangen, und inzwischen doch nichts zur Beilegung der Differenzen geschehen war, veranlassen, im alten, fast fordisten Tone nach ihm zu verlangen?

Sich umwendend, begegnete er zu seinem Erstaunen den nichts wenig, als unfreundlichen Blicken des Kommerzienrats.

„Sie können jetzt am besten gleich selbst mit Ihrem Direktor die gestern erwähnten Choisen austauschen, lieber Kapellmeister. Hier sitzt er, Mann gegen Mann; er denkt nicht daran, Ihnen sofort den Abschied zu bewilligen. Einem Künstler Ihrer Qualitäten — ich tät's auch nicht.“

Walthert war verblüfft. „Was doch so ein paar elende Druckereien ausrichten.“ dachte er.

Selbstverständlich kann ich Ihre Annahmen nicht unterstützen, hab jetzt der Direktor, sich zu Walthert wendend, an, begreife auch gar nicht, wie Sie sohem Gedanken Raum geben konnten, sich im entfernten einbilden.

„Als Folge Ihrer Frage an mich, wie weit ich hier hinaus steigen, mich drücken lassen wolle, kann Ihnen meine Gegenfrage wahrhaftig nicht absonderlich erschrecken und, meine Bitte bleibt bestehen, auch wenn Sie sie jetzt abschlagen. Von der Abgabe aber auch nur der Oper, die mir zugeht, an Herrn

Heberlein, kann auch ... jede sein, auch werde ich mich aufs entschiedenste weigern, je wieder eine Vorstellung mit solchen Solisten, die ich nicht für ausreichend halte, herauszubringen. Dies mein Standpunkt, den ich hartnäckig, rücksichtslos vertreten werde. Im übrigen tue ich meine Pflicht, tun Sie die Ihre.“

Wohl seit langem nicht hatte Direktor Wilmann so mit sich reden hören. Kreidebleich war er geworden, und schien es denn auch erklärlich, daß er, trotz aller Beschlagenheit, nicht gleich die passende Entgegnung fand.

Seinem braven Verbündeten, dem Kommerzienrat, aber war er von Grund seines Herzens aus dankbar, als dieser, einem schönen Zuge folgend, für ihn, den Kameraden, in die Breche trat und ihm aus der peinlichen Situation heraus half, indem er vermittelnd das Wort ergriff:

„Ruhig, ruhig, Kapellmeister. Selbstverständlich war es ja doch nur als guter Wille Ihrerseits in den Kreis der Mäßigkeit gezogen worden, Ihrem jüngeren Kollegen hin und wieder auch mal eine größere Aufgabe anzuvertrauen, natürlich unterbleibt das, wenn Sie sich dagegen sträuben. Daß Sie ein ausgezeichnete Kapellmeister und ein pflichtreuer Mann in Ihrem Amte sind, weiß Herr Direktor Wilmann sowohl wie jeder Musikfreund unserer Stadt, und keiner ist da, der das nicht schätze. Auch von meiner Tochter Kriemhild soll ich Ihnen einen Gruß ausrichten und die Bestätigung, daß sie Sie morgen zur gewohnten Stunde zum Unterricht erwartete. Sie hat mir rundweg erklärt, das Klavierspiel ganz einschlafen lassen zu wollen, wenn sie es nicht an Ihrer Seite fortsetzen dürfte.“

„Herr — Herr Kommerzienrat —“

Dem Kapellmeister verlagten die Worte. Das war eine Wendung der Dinge, so sah, so unglücklich, daß er wohl eher des Himmels Einsturz, als gerade sie erwartet hätte.

Er begnügte sich denn auch, dem Kommerzienrat die Hand zu reichen, die dieser wohlwollend entgegennahm. Mochte des einstweilen als ein Zeichen des Dankes gelten für die Wandlung, die da zu seinen Gunsten, auf Grund Gott, weiß welcher anderen Ereignisse, vor sich gegangen war.

Der Bureauführer, Herr Rosenbach, war es jetzt, der eilig, nachdem er schon eine längere Weile im Lokal umhergeirrt hatte, auf die drei Herren trat, um, zum Segen seines immer noch etwas bedrückten Direktors, die Unterhaltung auf ein ganz anderes Thema zu lenken.

„Intendanz in U. hat angeklungen, Herr Direktor, ob im Notfall morgen für die „Adelheid Ruedel“ eine unserer Damen disponibel wäre.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Kostkind. Die 22jährige Dienstmagd Katharina Ballmann aus Reilarn bei Regensburg hatte sich wegen Nordverwurfs vor dem Schwurgericht in Nürnberg zu verantworten. Die Angeklagte, die in einem Restaurant in Nürnberg diente, wurde Mutter. Der Vater, ein Schmied Wagner, der jetzt Soldat ist, drückte sich von der Bezahlung der Alimente. Von dem arbeitslosen Lohne als Dienstmädchen möchte die verlassene Mutter auch das Kostgeld für ihr Kind, 5 Mk. jede Woche, bezahlen. Das Kind war bei einer Schreinerfrau in Poppenreuth untergebracht. Am 18. Mai, nachmittags, besuchte das Mädchen ihr Kind. Im Zimmer, in dem die Mutter bei dem Kinde lag, waren die Pflegemutter, deren Tochter und Schwiegerohn, die lasen. Auf einmal schrie das Kind. Die Pflegemutter eilte hinzu und sah, daß das Kind eine Flüssigkeit im Munde hatte; sie gab dem Kinde eiligst Milch und wusch es ab. Tags darauf bestam das Kind Blasen im Munde. Ein zufällig vorübergehender Arzt, der herbeigerufen wurde, konstatierte, daß das Kind Lysol im Munde hatte. Einige Zeit darauf wurde gegen die Mutter das Verfahren wegen Nordverwurfs eingeleitet. In der Verhandlung gelang das Mädchen, daß es die Absicht hatte, das Kind und dann sich zu töten. Sie habe sich damals ganz verlassen gefühlt. Der Geliebte handelte schlecht. Der Vater hat sich seit ihrer frühesten Jugend nicht um sie gekümmert; sie hatte niemand, dem sie sich hätte anschließen und vertrauen können. Das Lysol hatte sie in einer Apotheke gekauft; sie habe einen Schnuller ins Glaschen gesteckt und diesen dem Kinde gegeben. Im weiteren Verlauf der Untersuchung zeigte sich, daß sich die Angeklagte in der denkbar größten Not befand. Ihr Lohn betrug im Jahre samt Trinkgeldern etwa 240 Mk., ebensoviele mußte sie für das Kind bezahlen. Der Vater der Angeklagten, der in Reinhausen lebt, hatte sich nie um seine Tochter, an deren Erziehung alles versäumt wurde, gekümmert, sie kam im Alter von sechs Wochen unter fremde Leute. Das hinderte den biederen Oberpfälzer aber nicht, jetzt über seine Tochter zu moralisieren. Einige Karten des Vaters der Angeklagten, die verlesen wurden, enthielten rohe Beschimpfungen der Tochter. Ärzte konstatierten, daß die Verletzungen des Kindes verhältnismäßig geringfügig waren. Die ganze Art dieses Mordversuches sei plump und unüberlegt gewesen. Der Angeklagten sei zwar nicht der Schuldspruch des 51 zugubilligen, jedoch sei sie sehr unbeholfen und geistlich beschränkt. Die Geschworenen sprachen das beschränkte, von der Frucht des Gläubers gepflanzte Dienstmädchen schuldig. Urteil: zwei Jahre vier Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung.

Aus Nah und Fern.

Sängerfahrt nach Paris-Verailles. Der Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“ in Düsseldorf veranstaltet Ostern 1914 eine Sängerfahrt nach Paris-Verailles. Die Abfahrt erfolgt Gründonnerstag, 9. April, abends 9 1/2 Uhr ab Hauptbahnhof Düsseldorf, die Rückkunft Dienstag, 14. April, morgens 8 Uhr, so daß die Teilnehmer vier volle Tage in Paris verweilen werden. Das bereits gedruckt vorliegende Programm, welches von ersten Künstlern zusammengestellt wurde, enthält außer den Reisebedingungen einen Heberblick über die zu besichtigenden Sehenswürdigkeiten und wird Interessenten auf Wunsch gegen Einzahlung von 10 Pfg. für Porto kostenlos zugesandt. Das Arrangement dieser Tour liegt in Händen der deutsch-soz. Korporationen und des französischen Parteivorstandes bzw. des bekannten Genossen S. Grumbach-Paris.

Es ist ein Wunsch der genannten Korporationen, das sich an dieser Tour recht viele deutsche Genossen beteiligen. Aus diesem Grunde und durch Gewährung von ganz außerordentlichen Ermäßigungen ist der Kostenpunkt der Reise ein verhältnismäßig geringer. Der Preis stellt sich inkl. Fahrt dritter Klasse ab Düsseldorf, vollständiger, reichhaltiger Verpflegung in guten Hotels, Tagesausflug per Wagen nach Versailles sowie zwei weitere Tage Wagenrundfahrt in Paris, Dampferpartie auf der Seine, freie Besichtigung aller Sehenswürdigkeiten unter Führung geschulter, deutscher Genossen, ein Album mit Stadtplan und 32 Ansichten von Paris, eine Serie Ansichtskarten usw. auf netto 75 Mk. pro Teilnehmer. Weitere Unkosten entstehen dem Teilnehmer nicht, bzw. können solche nur für abendliche Vergnügungen in Frage kommen. Ist der genannte Preis im Verhältnis zu einem Arbeiterbudget auch immer noch hoch zu nennen, so sollte doch niemand das Opfer scheuen und diese wohl nicht mehr wiederkehrende Gelegenheit benützen, um das in seiner Art wohl einzig schöne Paris und ganz besonders das herrliche Versailles zu sehen. Die französischen Genossen werden alles aufbieten, um ihren deutschen Brüdern wie auch den Genossen vom Arbeiter-Bildungsverein Bern (Schweiz), die an diesen Tagen auch in Paris sein werden, den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen und ist u. a. ein großes internationales Meeting, bei welchem die Genossen Jaures, Vaillant, Grumbach u. a. m. sprechen sollen, geplant. Nach dem vorstehend Ausgeführten ist deshalb zu erwarten, daß diese Reise überall guten Anklang finden wird und daß sich nicht zuletzt wegen des günstigen Ostertermins recht viele deutsche Genossen und Kollegen beteiligen werden. Jedoch ist im Interesse einer sorgfältigen Regelung frühzeitige Anmeldung erwünscht. Alle Anfragen und Mitteilungen adressiere man an: Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“ Düsseldorf, Kölnstraße 84, Restaurant Cordes. Außerdem liegt je ein Programm in unserer Redaktion zur Besichtigung während der Sprechstunden auf.

Die Explosion in der Reinsdorfer Sprengstoffabrik. Eine Explosion in dem Sprengstoffwerk der westfälisch-anhaltinischen Sprengstoffaktiengesellschaft bei Reinsdorf in Anhalt hat, wie wir schon kurz meldeten, am 27. November zwei Arbeiter das Leben gekostet. Die Explosion erfolgte nachmittags nach 3 Uhr. Der Explosionsherd lag in zwei Trockenhäusern, die von großen Wässern umgeben waren. Durch die Gewalt der Explosion wurden die beiden einstöckigen Häuser, in denen Lachwolle getrocknet wurde, vollständig in die Luft gesprengt. Es entstand ein Brand, der von der Fabrikfeuerwehr in kurzer Zeit gelöscht werden konnte. Unter den Trümmern der Trockenhäuser fand man die Leichen der Arbeiter Hesse aus Klein-Wittenberg und Körnick aus Reinsdorf. Die beiden Arbeiter waren im Augenblick der Explosion allein in den Trockenhäusern. Die Leichen sind entsetzlich verflümmelt. Aber die Ursache der Explosion hat sich bisher nichts Bestimmtes ermitteln lassen. Die beiden Trockenhäuser lagen abseits der Hauptgebäude des Sprengstoffwerkes. Weitere Nachforschungen ergaben, daß unter den Trümmern der in die Luft geslogenen Trockenhäuser sich keine weiteren Opfer befanden.

Nach dem Muster der Leipziger Löwenjagd hat sich am Donnerstag in dem französischen Städtchen Doue, unweit Saumur, eine Tigerjagd abgepielt. Es sollte dort ein historischer Film aufgenommen werden, in dem auch ein Tiger „in Freiheit“ vorgeführt wird. Man brachte das Tier in einem mit Balken umstecften Wald. Es gelang jedoch dem Tiger, über die mehrere Meter hohe Umzäunung hinwegzulegen, worauf das Tier sehr bald im Walde ver-

schwand. Man alarmierte sofort die ganze Gendarmerie im Umgegend, die sich bis an die Zähne bewaffnet auf die Suche nach dem Räubtier machte. Zum größten Schreck der umliegenden Dörfer hat man bisher noch keine Spur von dem Räubtier finden können. Wahrscheinlich werden heute noch die Garnisonen der umliegenden Grenzstädte alarmiert werden müssen, damit das Tier nicht noch ein Stubaup-Schreck wird. — Man sollte eine Abordnung Leipziger Schußleute dorthin schicken. Der Erfolg, daß der Tiger eingefangen — pardon! zur Strecke gebracht wird, ist garantiert.

Umfangreiche Betrügereien sind nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ in der Spiralspinnfabrik G. m. b. H. in Schierstein von dem Direktor Georg Kugelstadt und dessen Bruder verübt worden. Beide Brüder sind flüchtig. Wie die beiden Geschäfte zu machen verstanden, geht daraus hervor, daß der Bruder des Direktors in demselben Gebäude eine Konkurrenzfirma errichtete, die dadurch zum Ausschlag gebracht wurde, daß die für die Genossenschaft bestimmten Aufträge einfach unter jenen Namen und von der Privatfirma ausgeführt wurden, und zwar von dem Material, das der Bruder, also der Direktor der Genossenschaft, in solcher Reichhaltigkeit bestellte, daß beide Firmen vollauf genug daran hatten. Weiter wurden die Lohnlisten gefälscht, und zwar in der Weise, daß in den Listen der Genossenschaft durchschnittlich um 25 % höhere Löhne geführt als in Wirklichkeit gezahlt wurden. Die gesamten Schiebungen werden auf 200 000 Mark geschätzt. Man nimmt an, daß die Brüder das Geld ins Ausland geschafft und sich selbst ebenfalls dorthin in Sicherheit gebracht haben.

Wer Kinder hat, wird rausgeschmissen. Das Landratsamt in Weyen hat dieser Tage einem Moorolonisten im dortigen Kreise folgendes Schreiben zugestellt:

„Nach den gemachten Feststellungen besitzen Sie in Hejerpertwitz eine Arbeiterkate, deren vorübergehende Benutzung bislang gestattet ist. Da aber die Schulkinder durch die in den Käten sich aufhaltenden Schulkinder erschwert werden, so kann vom Frühjahr 1914 ab das Bewohnen der Käten von Familien mit Schulkindern nicht mehr gestattet werden. Ich mache Sie jetzt schon darauf aufmerksam, daß eine Verlängerung der Frist nicht gewährt wird, und daß für Wohnungen, die von Familien mit schulpflichtigen Kindern bewohnt werden sollen, jortan Baugenehmigung und Anliegendungsgenehmigung eingeholt werden muß.“

gez. Rehnert.
Eine prachtvolle Illustration zu den Klagen der preussischen Regierung über das Nachlassen der Geburten!

Zu den Flammen ungelommen. In Marin wurde das Fischviertel durch eine Feuerbrunst zerstört. Mehrere Kinder verbrannten.

Synchjuitz, an Zigeunern. In dem Kojatendorfer Gemarkung bei Nowitscherka ergriff die Volksmenge fünf des Werbediebstahls verdächtige Zigeuner und tötete einen von ihnen. Die übrigen wurden schwer verletzt, bis sie die Polizei in Gewahrsam nahm.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Elsa Dankert
Gustav Schmidt
Verlobte. (8857)
Lübeck, den 30. November 1913.

Heute entschlief plötzlich und unerwartet am Herzschlag mein lieber unvergeßlicher Mann und meines Sohnes guter Vater
Ernst Groth
im 37. Lebensjahre. In tiefer Trauer (8911)
Emma Groth geb. Schlichting
und Sohn.
P. Groth sen.
P. Groth jun.
W. Groth und Frau.
J. Kölow u. Frau geb. Groth.
Lübeck, den 28. Nov. 1913.
Georgstr. 23, II.
Die Beerdigung findet am Dienstag, 2. Dez., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Vorwerker Friedhofskapelle aus statt.

Am 28. ds. Mts. starb plötzlich unser Mitarbeiter

Ernst Groth.
Derselbe war uns stets ein gewandter und zuverlässiger Mitarbeiter. Wir werden ihm ein getreues Andenken bewahren. (8924)
Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei.
Der Aufsichtsrat und Vorstand.
Sozialdemokratischer Verein

Am Freitag verstarb plötzlich unser Genosse

Ernst Groth.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Dienstag, dem 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof.
Die Mitglieder sammeln sich bis 3 Uhr im „Weißen Hirsch“ zu Krempeisdorf. (8934)
Der Vorstand.
Für die innige Teilnahme am Begräbnis meiner lieben Frau, unserer lieben Tochter u. Schwägerin, legen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen, den Treibern der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft unsern herzlichsten Dank.
W. Stegemann,
Esteru, Schwegeltern und Geschwister. (8915)

Verband der
FabrikarbeiterDeutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.
Am Freitag, dem 28. November, starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Ernst Groth.
Ehre seinem Gedanken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an derselben nachmittags 3 Uhr beim „Weißen Hirsch“ (8930) **Die Ortsverwaltung.**

Chorverein
Lübeck.
Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Nachruf.
Am Freitag, dem 28. November, starb unser langjähriges Mitglied
Ernst Groth.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 2. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Abmarsch 3 Uhr vom Restaurant „Weißer Hirsch“ (8929) **Der Vorstand.**

Verband der
FabrikarbeiterDeutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Distrikt Seimsdorf.

Nachruf.
Am Donnerstag, dem 27. November, starb unser Mitglied, der Kollege
Ernst Suhr.
Ehre seinem Andenken!
Die Distriktsleitung.
Gesucht zu Ostern ein (8865)
Lehrling
für meine Bäckerei und Konditorei.
E. Trepkau, Adlerstr. 20.

Morgenfrau od. Tagesmädchen
zu sofort oder 1. Januar gesucht. (8933)
Schwartz,
Pariner Straße 4, I.

Gesucht für Mittwoch, d. 3. Dez.
2 tüchtige Regel-Auffeher
von morgens 10 Uhr ab. (8926)
Polierkrug, Schwart, Allee 92.

Gut möbl. Parterre-Zimmer
nach vorne zu vermieten. (8928)
Indenstraße 63 a.

Ein freundl. Logis
nach vorne zu vermieten. (8934)
Weithoffstraße 1, I.

Logis
nach vorne mit Ofen zu vermieten. (8944)
Glandorpstr. 41, 3. St.

Frdl. möbl. Zimmer
separat, zu vermieten. (8943)
Gederdestr. 32, I.

Ein Logis zu vermieten.
Dasselbst ein Trauerhut zu verkauf. (8941)
Drögestraße 21.

Näher m. 100 Noten, Kleiderst., Nähmasch., Teppich, Waschtisch, Fleischmasch. billig zu verkaufen. (8947)
Lotharstraße 12, part.

1 guterhalt. Zither
billig zu verkaufen. (8933)
Morkerstr. 4, I. I.

Eine Handharmonika
zu verkaufen. 2.50 Mk. (8939)
Marlesgrube 48, II.

1 Grammophon m. Platt.
billig zu verkaufen. (8929)
Mittelstr. 12a, I.

1 Kinder-Klappstuhl
zu verkaufen. (8960)
Augustenstraße 13, II.

1 Knaben-Paletot
für 10jähr. Knaben zu verk. (8932)
Marlesgrube 21, III.

Das Größt. Emilkenstr. 4
zu sof. unt. günst. Bedingungen zu verkaufen. (8936) Näh. das. patr.

Fackel-Anzüge, Damen- und Herren-Paletots billig zu verkauf. (8959)
Gunderstraße 107.

Puppenwag. u. Puppensportk.
zu verkaufen. (8954)
Bei St. Johannis 28, I.

Ein großer Puppenwagen
auf Gummi zu verkaufen. (8956)
Mitterstraße 8a.

4 räder. **Kastenwagen 9 Mk.**, fast neuer **Herb 18 Mk.**, **Buzbaum**, 100 Pflanzen 2 Mk. zu verk. (8951)
Krämeri Schröder, Stadelstraße 24.

Ein guterhalt. Kinderwagen
mit Gummireifen billig zu verkauf. (8930)
Margaretenstraße 17a.

1 fast neuer **Küchenschrank** mit Aufsatz und großer **Pfeilerpiegel** zu verkaufen. (8937)
Kottwitzerstr. 40, Hinterh. I.

Kinderbettzeug zu verkaufen.
(8974) **Warendorferstr. 49.**

Zu verk. mahag. **Wandschrank**, Zell-Schaukeispeise, **Küchenschrank** mit Aufsatz und **Puppenmöbel.** (8942)
Georstr. 22, pt.

1 große **Wasserpumpe** m. Sportwagen 12 Mk. u. 1 **Bettstirn** 4 Mk. 3. v. **Westendorf, Lg. Lohberg 35.**
Daf. 1 **Bettstelle** z. kauf. gel. (8938)

Gut erh. Weihnachtsgeschenk billig zu verk., **Pferdestall**, fl. **Holländer**, **Schaukeispeise.** (8950)
Näh. Häppner, Kardenerstr. 14a, III.

Schwarzer Winter-Paletot
wenig geb., für alte Dame billig zu verk. (8945) **Gunderstr. 37/39.**

Blanes Kleid und **Fackel**, 12 bis 14 Jahre, **Grünfahl** und **rote Beete** billig zu verkaufen. (8943)
Schützenstraße 60, part.

Platen, Neue Heilmethode
in 4 Bänden billig zu verkaufen. (8940)
Westerstr. 7, I.

Ein Klappstuhl, Waschtänder, Garderobenhaken billig zu verkaufen. (8973)
Drögestr. 7, I.

Heberzieher für 12jähr. Knaben, **Sängelampe** 3 Mk., **Dampfmasch.** mit Gegenständen billig zu verkauf. (8931)
Sandstr. 67, II.

Gutsingende Kanarien-Hähne
dasselbst Zuchtweibchen zu verkaufen. (8935)
Wallenbofstr. 25, II. r.

Kanarienhähne u. Weibch.
Hähne von 4 Mk. an. (8955)
Gr. Grövelarude 23, I.

Kaninchen
zu verkaufen wegen Aufgabe der Zucht. (8946) **Marlstr. 80, III.**

Hausstandswäsche
wird sauber gewaschen u. geplättet (8957)
Krausestraße 15a.

Werklicher Sonntagsdienst
am 30. November v. 1 Uhr ab. (8920)
Dr. med. Schwarzweiller, Breiterstr. 18.
Dr. med. Fr. Eschenburg, Sörgstr. 33.
Dr. med. Grönewaldt, Lindenplatz 2.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1914
ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen Inhalts wegen jedem unserer Leser zu empfehlen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Restaurant „Vier Jahreszeiten“
Bad Schwartau.
Verstehen u. Musizieren
von Gänsen, Karpfen u. Rauchs.
am Sonntag, dem 30. Novbr. u.
Montag, dem 1. Dezember 1913.
Sonntags Anfang 11 Uhr vorm.
Montag 9 Uhr vorm.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
8927 Peter Meth.

Stockelsdorf.
Gasthof Drei Kronen
8914 Sonntag, 30 Novbr.
Große Tanzmusik.
Moising. „Zur alten Post“
Am Sonntag, dem 30. November
findet bei mir ein 8935
großes Familientänzchen
statt, wozu frdl. einlad. v. G. Hoyer.

Schlutup.
Gasthof
„Zum weißen Schwan“
Inh. K. Böge. (954)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Gute Speisen. ff. Biere.

Einsegel
Jeden Sonntag: (3352)
Tanzkränzchen
Carl Köpcke.

Wilhelm-Theater.
113) Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Friedrichshof.
Jeden Sonntag: (321)
Tanzkränzchen.

Neu-Lauerhof.
Jeden Sonntag **Tanzkränzchen.**
Hierzu ladet freundlichst ein
8218) August Busch.

Adlershorst. (901)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Treff
am Sonntag, dem 30. Novbr.
Konzerthaus Flora
Ein Tanzfest auf der Alm.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Wunderbare Dekoration. Feenhafte Beleuchtung.

Bebel-Büsten
Modelliert von
Bildhauer Obst, Charlottenburg.
Stück 2.50 Mk.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Puck

Die
Qualitäts-
33
Cigarette



8918

Gasthof
Zum Holsteinischen Hause
Marlesgrube 22.
Guter bürgerlicher Mittagstisch.
Fremdenzimmer in jeder Preislage.
Klubzimmer für Versammlungen.
7695) Wilhelm Prieß.

Hansa-Halle.
Morgen Sonntag:
Großes Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
8970) J. Rieck.

Kaffee-Haus Moising.
Sonntag:
Freie Tanzmusik.
8976) H. Siemers.

Watenik-BelleVue
Morgen Sonntag:
freies Familientänzchen
8969) H. Fürbörter.

Friedrich-Franz-Halle.
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei.
8967) Endstation Krankenhaus.
Anfang 4 Uhr. L. Stamer.

Weisser Engel
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
114) Bernh. Boldt.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Restaurant. ff. gepflegte Biere.
N. Mittagstisch a 65 Pfg. Diners a 1 Mk. und höher.
Reichhaltige Speisekarte zu jeder Tageszeit.
7308) C. Kluth, Vertr.

Seefahrer-Krankenkasse (G. S. Nr. 16) in Lübeck.
Außerordentliche General-Versammlung
Sonntag, den 30. November ds. Jrs., nachmittags 4 Uhr,
im Lokale des Herrn J. Jürß, Engelsgrube 59. (8560) Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über das Weiterbestehen der Kasse als Zuschuss-
kasse. 2. Statutenberatung. Der Vorstand.

Vorläufige Anzeige! Gr. Theater-Abend

zum Besten des

Handwerker-Alten-Heims

veranstaltet vom „Mekelbörger Plattdutschen Verein“
am Freitag, dem 12. Dezember 1913
im „Kolosseum“:

Ein Winterabend in einem mecklenburg. Bauernhause

zusammengestellt nach mecklenburgischen Volksüber-
lieferungen von Prof. Dr. R. Wossidlo, Waren i. M.
Alles Nähere durch Plakate und weitere Inserate.
8982) Der Vorstand.

Lichtspiele — Bad Schwartau.

Ab Sonnabend, den 30. November:

Asta-Nielsen in „Jugend und Tollheit“

Großes Lustspiel in 4 Akten. (8919)
2 Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 8 1/4 Uhr.

Waisen-Hof

Sonntag: (316)

Konzerthaus Fünfhausen.

Morgen Sonntag: **Gross. Tanzkränzchen.**
Dienstag: **Tanzkränzchen.** (8975)

Lindenhof

Israelsdorf.



Morgen Sonntag:
Großes (8972)

Familien-Kränzchen.

J. C. F. Juris

Engelsgrube 59

Restaurant, Frühstückslokal
Klubzimmer mit Klavier.

Deutscher

Landarbeiter-Verband
Ortsgruppe Moorgarten.

Stiftungs-Fest

am Sonntag, d. 7. Dezember
im Lokale d. Kollegen F. Wehrend
in Moorgarten.

Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.
Einzeln Dame 20 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein
8966) Das Fest-Komitee.

Einladung

zum

BALL

der

Kornträger-Corporationen

am Donnerstag, 4. Dezember,
in der Flora (Max Siems).

Der Überschuss ist bestimmt für die
Unterstützungskasse. Eintritt 1 Mk.
Öffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Ende morg.
8467) Der Vorstand.

8467) Der Vorstand.

Ausspielen

von fetten Gänfen, Karpfen
und Raachfleisch
auf einem Ziehbillard

am Sonntag, dem 30. November.
Anfang morg. 11 Uhr. Einsatz 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

Otto Martiensen,
Sindenstraße 13.

Kalnbergs Varieté

8971) Sonntag:

Letzte Vorstellung

Letztes Auftreten
des gesamten Personals.

Abschied vom alten Heim!

Vom 1. bis 25. Dezember bleibt
das Lokal wegen Umbau und
Renovation geschlossen.

Konzerthaus

Zauberflöte

Heute Abschieds-Konzert

der Tiroler-Truppe

Widerhall 6 Damen
8952) Anfang 4 Uhr.

Montag, den 1. Dezbr.

Antritts-Konzert
der neuen Kapelle!!!

Damen-Trompeter-Korps
Weserlust 4 Herren

Neues Stadttheater.

Sonnabend, den 29. November 1913.

64. V. i. Boll-Ab. 6. V. i. Sonnab.-Ab.
Anfang 7 Uhr. Ende 11 1/4 Uhr.

Letztes Gastspiel Wilh. Furtwängler

Die Meistersinger v. Nürnberg

Gr. Oper von Rich. Wagner.
Große Preise.

Sonntag, den 30. November 1913.

Außer Abonnement.
Anfang 2 1/2 Uhr. Ende nach 5 Uhr.

Auf vielfachen Wunsch nochmals:

Korallenkettlin.

Drama von F. Dülberg.

Einheitspreise:

Loge bis einsch. Sperrst. 2.— Mk.
1. u. 2. Parkett 1.—
Stipparterre, 2. u. 3. Rang 0,50

Abends 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
65. V. i. Boll-Ab. Mittelpreise:

Die Kino-Königin.

Operette von J. Gilbert.
Montag, den 1. Dezember 1913.

66. V. i. Boll-Ab. 11. V. i. Mont.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Carmen.

Oper von Bizet. Große Preise. 8916

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 28. November.

Der Wortführer Dr. G. H. eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 15 Min.

In die Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrags betr. Herstellung einer Fahrwegverbindung von der St. Lorenz-Brücke bis an die Wisbystraße wurden gewählt: Schetelig, Blunk, Peter Pape, Bachmann, Dr. Wehse. Versammlung: Köhn und Burwid.

Zweite Lesung des Antrags Stellung und Genossen: Die Bürgerschaft erachtet vor dem Senat, ihr baldmöglichst eine Gesetzesvorlage auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung entgegenzubringen.

Ziel geht auf einige Mißverständnisse seiner Rede in der ersten Beratung ein. Er habe gegen die Überweisung an den Bürgerausschuß resp. an eine Bürgerchaftskommission gesprochen und gewünscht, den Antrag abzulehnen. Sollte der Antrag trotzdem angenommen werden, dann freilich sei ihm die Überweisung an die Bürgerchaftskommission lieber, als an den Bürgerausschuß. Die sozialdemokratische Partei habe eine diesbezügliche Interpellation an den Reichskanzler gerichtet, die dieser beantworten wolle. Aus den Berichten über die Arbeitslosenversammlungen in Deutschland gehe hervor, daß eine allgemeine Regelung durch das Reich gefordert werde. Daher hätten die Einzelstaaten keinen Grund, besonders vorzugehen. Man müsse doch nicht sozialdemokratischer sein als die Sozialdemokraten. Er sei überhaupt kein Sozialdemokrat. (Hent: Bravo!) Verwechselt werde ferner die Arbeitslosenversicherung mit dem Begriff der Arbeitslosenfürsorge. Diese freilich sei Aufgabe der Einzelstaaten. Der erste Antrag Stellung umfasse voll und ganz das Gebiet der Arbeitslosenfürsorge. In vielen Beispielen habe der Antragsteller selbst die Wege gewiesen, die einzuschlagen vorteilhaft seien. Der Staat werde sehr wohl Kanäle finden, um Vergeldunterstützungen an die richtige Quelle zu leiten. Das Genter System sei allerdings dazu nicht geeignet. Vergeldunterstützungen dürften freilich nicht den Charakter von Armenunterstützungen haben, darin hätten die Sozialdemokraten recht. Die Bürgerschaft sollte den zweiten Teil des Stellunglichen Antrages ablehnen.

Hent (Bültwisch) versucht, die von Stellung vorgebrachten Tatsachen über landwirtschaftliche Saisonarbeit zu entkräften. Die städtischen Arbeiter gingen im Sommer gern aufs Land, weil sie dort ein gutes Stück Geld verdienen. Dann seien auch die Maschinen in der Landwirtschaft nur deswegen angeschafft worden, weil Leutemangel eingetreten sei. Von der Arbeitslosenversicherung fürchtet Redner noch eine weitere Landflucht. Für eine solche Versicherung wäre er unter Umständen nur zu haben, wenn alle jungen Leute, die nicht im Gewerbe und Handwerk beschäftigt sind, gezwungen würden, bis zum 18. Lebensjahr in der Landwirtschaft tätig zu sein.

Stellung: Bei der letzten Beratung meines Antrages über die Arbeitslosenversicherung nahm Herr Dahms in einer persönlichen Bemerkung das Wort zu der von mir kritisierten Auserkung des Amtsblattes, wonach die Arbeitslosen als Arbeitsscheue und die Arbeitslosenversicherung als eine Prämie für Arbeitsscheue bezeichnet wurde. Herr Dahms, den wir für die Folge in der Bürgerschaft ehren werden, ließ sich aus der Senatskanzlei Amtsblattnummern geben und bestritt auf Grund dieser die Äußerung. In der Abend-Nummer vom 1. November 1913 hieß es in einem Artikel „Rote Masken“ u. a.: „Der Sozialdemokrat kommt es ja nur darauf an, zu zeigen, daß sie es ist, die allein für die Arbeiter sorgt, daß nur die bösen bürgerlichen Parteien, die ernsthaft an das Problem herantreten und das Wohl des Ganzen im Auge behaltend, vor überhöhten Maßnahmen warnen, daran schuld sind, wenn nicht sofort die Prämie auf die Arbeitsscheu, genannt Versicherung auf Reichskosten eingeführt wird.“ Sie sehen aus dem schwer verständlichen Satz, daß ausdrücklich ausgesprochen ist, die Arbeitslosenversicherung sei eine Prämie für Arbeitsscheue. Es gehört nicht allzu viel Begriffsvermögen dazu, heraus zu sehen die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die Arbeitslosen als Arbeitsscheue bezeichnet werden. (Widerspruch) Na, meine Herren, Sie können es selber nachlesen, was Dahms ausgesprochen hat. — Herr Ziel hat heute abend ausgeführt, es sei nicht ratsam, meinem Antrag zuzustimmen. Herr Ziel hat schweres Geschick aufzuheben, um Sie zu veranlassen, von dem gefassten Beschluß zurückzutreten, meinen Antrag dem Bürgerausschuß zu überweisen. Ich erachte die Gründe nicht für stichhaltig. Er führte die Beschlüsse von Berliner Arbeitslosenversammlungen an, die unter allen Umständen eine Reichsarbeitslosenversicherung fordern. Auch ich habe betont, daß eine reichsgesetzliche Regelung eintreten müsse. Auf diese können wir aber noch lange warten. Ich habe an der Hand von Tatsachen betont, daß Bayern und andere Einzelstaaten die landesgesetzliche Regelung dieser Frage vorbereiten. Man kann Anknüpfung der reichsgesetzlichen Regelung und doch dafür zu haben sein, daß die Frage der einzelstaatlichen Versicherung geprüft wird. Landesgesetzlich durchführbar ist die Arbeitslosenversicherung. Herr Hent spendete Herrn Ziel lebhaften Beifall, als dieser ausfuhrte, die Bürgerschaft solle nicht sozialdemokratischer sein als die Sozialdemokratie selbst. Wo Herr Ziel den Widerspruch in der Haltung zwischen uns und der Gesamt-Partei herausfindet, ist mir unbekannt. Unserer Ansicht deckt sich vollkommen mit derjenigen der Partei. In Berlin ist die landesgesetzliche Regelung vorläufig nicht notwendig, dort hat sich bereits der kommunale Zweckverband mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigt und wird vollauf innerhalb des Rahmens dieses Zweckverbandes die Arbeitslosenversicherung einführen. Aus diesem Grunde erdrückt sich die weitergehende Forderung. Herr Ziel meinte, wir sollten den Senat nicht belasten. Wird mein Antrag hier angenommen, dann stimmt ihm der Bürgerausschuß hoffentlich zu und der Senat soll dann prüfen, ob er auf Grund des Vorgehens anderer Städte und Staaten uns mit Vorschlägen kommen kann. Selbst wenn man der Auffassung ist, die Frage der Arbeitslosenversicherung sei nicht so dringend, muß man dafür zu haben sein, daß diese Frage geprüft wird. Wir prüfen doch sonst so außerordentlich viel und zweifeln manche Frage an, die z. B. nicht realisierbar ist. Weiler glaubte Herr Ziel, wir wären einer Begriffsverwechslung unterlegen, hätten die Arbeitslosenversicherung mit der Arbeitslosenfürsorge verwechselt. Das haben wir nicht getan. Wir sind uns vollständig darüber klar, daß die Arbeitslosenfürsorge im Rahmen meines ersten Antrages erfolgen kann. Ebenso klar sind wir uns aber auch, daß es notwendig ist, dauernde Maßnahmen zu treffen, damit man

nicht immer wieder mit neuen Anträgen kommen muß. Allerdings begegnen wir uns bei der Arbeitslosenfürsorge. Dabei möchte ich Herrn Ziel oder die zuständigen Herren bitten, dafür zu sorgen, daß auf dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen die Einheimischen etwas mehr berücksichtigt werden. Bisher wurden Fremde eher berücksichtigt, als die hiesigen. Hoffentlich wird hier für Abhilfe gesorgt, damit man die Leute nicht wochenlang hinführen läßt, wenn sie doch nicht eingestellt werden sollen. Einen jungen Mann ließ man z. B. zehn Wochen lang kommen und als sich der Vater an den Nachweis wandte, wurde ihm mitgeteilt, sein Sohn könne nicht eingestellt werden, weil er von einem Streikort (Hamburg) komme. (Zuruf b. d. Soz.: Hört, hört!) Das hätte ihm doch sofort mitgeteilt werden müssen, damit er sich anderweitig nach Arbeit umsehen konnte. Nun zu Herrn Hent. Er tritt sich, wenn er glaubt, ich hätte die Landarbeit allgemein als Saisonarbeit bezeichnet. Ich habe gesagt, daß durch die Maschinen auch die Landarbeit mehr oder weniger Saisonarbeit geworden ist. Durch die neuen Dreifach-, Mäh- und Säemaschinen ist die landwirtschaftliche Arbeit auf verhältnismäßig kurze Zeit beschränkt, die Maschinenarbeit trägt also dazu bei, daß die Landarbeit zur Saisonarbeit wird. Im Irrtum befindet sich Herr Hent auch, wenn er durch die Arbeitslosenversicherung eine Entvölkerung des Landes befürchtet. Ein großer Teil Grundbesitzer und Agrarier tragen zur Arbeitslosigkeit durch Heranziehung ausländischer Arbeiter bei, die den Deutschen die Möglichkeit nehmen, ihr Brot dort zu verdienen. Es hört sich an, als ob die Arbeitslosenversicherung den Arbeitslosen Gelegenheit geben soll, herrlich und in Freuden leben zu können. Das ist doch nicht der Fall. Sie soll den Zweck haben, die Arbeitslosen, die in bittere Not geraten, über Wasser zu halten. Es wird keinem vernünftigen Menschen einfallen, seine Arbeit zu verlassen, um die Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. Im Winter ist übrigens auch auf dem Lande nicht viel zu tun, dort können nicht mehr Leute beschäftigt werden. Es wird sogar versucht, dort Leute abzuschicken, weil man nicht in der Lage ist, ihnen Arbeit zu verschaffen. Recht sonderbar ist die Auffassung von Herrn Hent, die jungen Leute bis zu achtzehn Jahren zu zwingen, auf dem Lande zu bleiben. Ich habe die Begründung nicht gehört, weil eine solche große Unruhe herrsche. Man sollte doch meinen, daß Sie wenigstens Ihren Rednern aufmerksam zuhören würden. Ich will Herrn Hent eines erwidern: Diese Auffassung beweist mir, daß er tatsächlich den ganzen Zeitverhältnissen nicht Rechnung getragen hat. Er ist noch außerordentlich weit zurück. Heute sind die Verhältnisse so gestaltet, daß jeder auf Arbeit angewiesen ist und solche zu suchen hat, wo er sie findet, da sollte man nicht mit derartigen Forderungen kommen. Die Landwirtschaft ist mit dem besten Willen nicht in der Lage, die überflüssigen Kräfte unter 18 Jahren beschäftigen zu können. Die jungen Leute würden nur dazu benutzt, den Grundbesitzern und Agrariern wesentliche Vorteile zu beschaffen und müßten sich obendrein noch jede Behandlung gefallen lassen. Mit solchen Mäßen sollte man denn doch nicht kommen. Sie sollten die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung ohne weiteres anerkennen und den Antrag dem Bürgerausschuß überweisen, damit nicht nur momentan, sondern dauernd Abhilfe geschaffen wird. Wenn Sie wollen, daß diesen Reisen geholfen wird, ja wenn Sie nur eine Prüfung der Frage der Arbeitslosenversicherung wollen, dann bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hent (Bültwisch): Ich sagte nur Bravo, weil Herr Ziel sich als Nichtsozialdemokraten bezeichnete. Hätten wir die ausländischen Arbeiter nicht, wäre die Arbeit auf dem Lande gar nicht zu beschaffen. Die intensive Wirtschaft nötigt uns zur Heranziehung fremder Arbeiter. Ausgebeutet werden die jungen Arbeiter auf dem Lande durchaus nicht.

Ziel glaubt nicht, daß fremde Arbeiter auf dem hiesigen Metallindustriellenachweis bevorzugt werden. Sollte dies geschehen, wolle er für Abhilfe sorgen. Der zweite Fall (den jungen Mann betreffend) soll sofort unterzucht werden.

Löwig stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung. Diese ergibt, daß 41 Stimmen dafür, 51 dagegen sind. Der Antrag ist also abgelehnt.

Zweite Lesung des Antrages von Dr. Wittern: Die Bürgerschaft wolle durch Beschluß feststellen, daß die Theatervorlage durch einen Beschluß der Bürgerschaft noch nicht verabschiedet ist.

Mühlam und Dr. Ziel stellen Anträge, über das Ganze zur Tagesordnung überzugehen.

Dr. Wittern bezweifelt die Zulässigkeit der neuen Anträge und begründet wiederholt seine Auffassung, die von Lippert und Dr. Köhler unterstützt wird.

Der Wortführer, Dr. Benda, Dr. Ziel und andere widersprechen dieser Ansicht. Durch Abstimmung werden diese Anträge zugelassen.

Dr. Wittern beantragt namentliche Abstimmung nicht nur über seinen Antrag, sondern auch über die neu eingebrachten Anträge.

Löwig stellt folgenden Antrag: Die Bürgerschaft spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Senat die Vorlage betr. Nachbewilligung für das Stadttheater zur Durchführung gebracht hat, bevor die aus der Bürgerschaft geäußerten Zweifel darüber, ob sich noch eine Gesamtbestimmung vernotwendige, von der Bürgerschaft geprüft und durch einen Beschluß entschieden werden konnten.

Dr. Wittern verweist auf die Kommissionsberichte und die letzte Bürgerchaftsversammlung, die sich mit dieser Frage beschäftigte. Der Inhalt der Berichte sollte genügen, um eine grundlegende Entscheidung fällen zu können. Die Einzelabstimmungen stellten einen endgültigen Beschluß nicht dar, andernfalls hätte ein vorheriger Beschluß gefaßt werden müssen, der die Einzelabstimmungen als genügend erachtete. Die Verfassung fordere aber klar und deutlich eine Gesamtbestimmung, die aus dem Protokoll nicht hervorgehe. In der Feststellung von Tatsachen gelte nur das eine: was ist wahr! Kompromisse kämen nicht in Frage. Die Bürgerschaft müsse ihr Recht wahren und sich daran erinnern, unter welchen Umständen der Senat der Bürgerschaft die Zustimmung zu der Vorlage kundgab. Die Bürgerschaft würde bei Verneinung des Antrages an Ansehen nach außen sowohl leiden wie im Ansehen des Senats. Davor sollte sie sich hüten. Die moderne Zeit habe einen Geist des Materialismus angenommen lassen, der schwere Gefahren des Volkes in sich schloß. Auf dem Boden des Materialismus wachte der schrankenlose Opportunismus. Die Kennzeichnung unserer Zeit sei die zunehmende Urteilslosigkeit und mit ihr die zunehmende Charakterlosigkeit. In einer solchen Zeit dürfe man nicht nur fragen, was ist nützlich, sondern was ist sittlich. Und sittliche Pflicht sei die Erforschung der Wahrheit, der Tatsache, die nicht durch praktische Erwägungen hintangestellt werden dürfe. Beim

Budget werde die Frage wiederkehren, weil die Wahrheit an sich wichtig und das Höchste sei. Die Wahrheit wolle gefunden sein, wer sie nicht finden könne, dessen Urteilsfähigkeit sei eben nicht sehr groß, der könne aus dem angezogenen Mangel unserer Zeit auch zu falschen Ergebnissen kommen. Er fasse diese Frage als sehr wichtig auf, dies sei der Beweggrund seines Handelns, das ihm den Vorwurf der Grobheit eingetragen habe. Die Wahrheit sei manchmal groß, daran lasse sich nichts ändern. In seinen weiteren Ausführungen spielt Redner darauf hin, daß sich gewisse Bürgerchaftsmitglieder in ihren Anschauungen chloroformieren ließen und bezeichnet das Vorgehen des Senats als illoyal. Unverkennbar müsse er, daß die Sozialdemokratie einstimmig für das Recht der Bürgerschaft eingetreten sei. Es handle sich hier um die Wahrung heiliger Prinzipien, für die auch der Kaufmannsstand eintreten müsse. Bei einer späteren Abstimmung über diese Vorlage kämen freilich praktische Erwägungen zu Worte. Da müsse die Zeit als heilsamer Vermittler eingreifen.

Der Wortführer betont, daß von Motiven, die Dr. Wittern den Rednern untergeschoben habe, kein Wort gesprochen worden sei.

Dr. Ziel fürchtet bei der Annahme des Witternschen Antrages eine große Blamage der Bürgerschaft. Es komme nicht darauf an, was wahr, sondern was bekommen sei.

Löwig: Bei dieser Beratung fällt mir der Spruch ein: „Der eine fragt, was kommt danach, der andere was ist Recht?“ Den letzten Satz muß man beherzigen und sagen, was ist recht, dann könnte die Meinung der Bürgerschaft nicht auseinandergehen. Sie muß sich auf den Standpunkt stellen, daß ein Beschluß damals nicht gefaßt worden ist. (Zuruf: Dr. Schlomer!) Wenn Dr. Schlomer anderer Auffassung ist, dann ist es ihm durchaus gestattet, Sie werden doch nichts dagegen haben. Ich sage, daß es recht und billig, ja sogar erforderlich ist, dem Antrage von Dr. Wittern zuzustimmen. Die Ausführungen Dr. Witterns in der vorigen Versammlung kann ich durchaus unterschreiben, nicht aber alle seine heutigen. Es liegt viel zu viel Pathos darin. Ich weiß nicht, ob es ihm innerlich so zumute ist, glaube aber, daß Dr. Wittern es wirklich so gemeint hat. Das Lob, das er uns ausgesprochen hat, dräuf, daß wir für das Recht der Bürgerschaft eintreten, brauchen wir nicht. Wir erfüllen als aufrechte Mitglieder der Bürgerschaft unsere Pflicht ohne Rücksicht auf Lob und Tadel. Die Auffassung von Dr. Ziel, wir würden bei Annahme des Witternschen Antrages den Staatswagen in einen Sumpf ziehen, kann ich nicht teilen. Wenn wir auf Abwege geraten sind, ist der Senat schuld, der es nicht erwarten konnte, bis der Beschluß der Bürgerschaft zustande kam, um die von ihm gewünschte Vorlage durchzuführen. Das ist zu bebauern und deshalb stimmen wir dem Antrag von Dr. Wittern zu. Ich habe noch einen weiteren Antrag gestellt, der besagt, daß es die Bürgerschaft lebhaft bedauert, daß der Senat dieser Vorlage zustimmte, ehe ein Bürgerchaftsbeschluß vorlag. Dieser Antrag stimmt durchaus mit der Wahrheit überein. Das Bedauern ist allseitig zum Ausdruck gekommen, weshalb Sie dem Antrag zustimmen müssen. Gegen meinen in der vorigen Sitzung gestellten Antrag haben Sie Widerspruch erhoben. Ich habe das Gefühl, daß Sie nicht mit Worten ausdrücken wollen, was Sie empfinden. Es ist doch so, daß Sie die Handlungsweise des Senates in dieser Angelegenheit mißbilligen. Da Sie aber nicht gewillt sind, dies ausdrücklich auszusprechen, so sprechen Sie wenigstens Ihr lebhaftes Bedauern dem Senat gegenüber aus und stimmen Sie sowohl dem Antrage Dr. Witterns wie dem meinen zu. (Beifall bei den Soz.) Mühlam befürwortet seinen Antrag und schiebt die Schuld am Ganzen ganz und gar der Bürgerschaft zu.

Dimpfer: Es handelt sich hier nicht um so große Prinzipien, wie Dr. Wittern meint, sondern lediglich um ein Befehlen der Bürgerschaft. Der Senat hat nicht in unsere Geschäftsordnung eingzugreifen und zu fragen, wie der Beschluß zustande gekommen ist. Er hat nur von seinem Recht Gebrauch gemacht. Der Witternsche Antrag würde zu unabsehbaren Konsequenzen führen.

Dr. Ziel behauptet, Dr. Wittern sei heute wieder als Apostel der Wahrheit aufgetreten. Aus seinen Ausführungen ergab sich, daß sein Unterbewußtsein glaube, ein Teil der Bürgerchaftsmitglieder nehme es mit der absoluten Ehrlichkeit nicht ernst. Herr Dr. Wittern habe die Rolle des Kato im alten Rom übernommen. Er, Redner, spreche Dr. Wittern das Recht ab, einer Versammlung ernster Männer gegenüber einen derartigen Ton anzuschlagen. Herr Löwig habe den Satz zitiert: Der eine fragt, was kommt danach, der andere, was ist Recht! Wie wolle er sich die Stellung von Dr. Schlomer erklären, der doch auch ganz sachlich an der Beratung mitgewirkt habe. Kein juristisch genommen, sei Dr. Witterns Anschauung unrichtig.

Dr. C. Meyer wendet sich gegen Dr. Wittern und richtet persönlich an ihn die Mahnung, daß er seine Äußerungen über die Wahrheit nicht durchgehen lassen würde, wenn sie außerhalb des Hauses gefallen wären. Eine Verletzung der Geschäftsordnung komme nicht in Betracht. Praktisch müsse die Bürgerschaft stets arbeiten, alle Ergebnisse müßten zuletzt nach dem praktischen Gesichtspunkt gewertet werden. Im Klagewege würden wir mit der Auffassung von Dr. Wittern niemals recht bekommen.

Dr. Wittern hebt nochmals den Zusammenhang seiner Ausführungen hervor und behauptet, nicht die Sozialdemokratie gelobt zu haben, sondern diese Redewendung sei an das Bürgertum gerichtet gewesen. Um kein Präjudiz zu schaffen, müsse man hier vorbeugen und seinen Antrag annehmen.

Aug. Pape weist auf die Rechte hin, die die Bürgerschaft zu wahren habe. Was der Senat mache, gehe uns gar nichts an. Praktische Politik müsse die Bürgerschaft treiben, der man keinen Vorwurf aus der Aufstellung der Frage machen dürfe. Die Verfassung verlange einen Beschluß, der hier nicht vorliege. Allgemein sehr unangenehm berührt habe das eilige Vorgehen des Senats. Er sollte auch in andern Sachen so eilig handeln. Schon vor zwei Jahren sei ein Bürgerchaftsbeschluß gefaßt, den 28-März-Bürgern das Wahlrecht in der ersten Klasse zu verleihen. Heute habe der Senat dazu noch keine Stellung genommen. Die Bürgerschaft müsse in ihrer jetzigen Zusammensetzung über die Vorlage noch abstimmen Gelegenheit haben. Redner befürwortet den Antrag Dr. Witterns.

Löwig: Herr Dr. Meyer brachte zum Ausdruck, daß die Bürgerschaft einen endgültigen Beschluß gefaßt habe. Aber selbst die Kommission war der Meinung, daß eine Gesamtbestimmung nicht vorlag, sie wollte die Sache nur deswegen ruhen lassen, weil nichts mehr zu ändern war. Ich bin der Meinung, daß tatsächlich über den Senatsantrag kein Beschluß gefaßt wurde, dieser konnte nur durch eine Gesamtbestimmung erfolgen. Sollen wir ihn vornehmen oder unterlassen? Die Kommission ließ es dahingestellt, weil nach ihrer Meinung nichts mehr zu machen ist. Ich halte diesen Stand

punkt für verfehrt. Wenn aus der Sache Nachteile erwachsen, dann nur dem Wortführer. Als Herr Thiele die Bedenken vorbrachte und den Antrag stellte, war die Bürgererschaft der Auffassung, daß ihr noch Gelegenheit gegeben würde, darüber abzusprechen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat sie sich dem Wortführer angeschlossen. Ob die Bürgererschaft dies in Zukunft tun wird, wenn derartige Vorschläge kommen, bleibt dahingestellt. Sie wird gewiß nicht. Herr Dr. Thiele führte an, daß Dr. Schlomer auch zu der Kommissionsmehrheit gehört habe, der ich Opportunitätspolitik vorgeworfen hätte. Ich möchte dagegen betonen, daß ich meine Ausführungen auf die Beratungen in der Bürgererschaft bezogen und hier hat Dr. Schlomer nicht das Wort genommen. Es kommt aber besonders darauf an, was in der Bürgererschaft ausgesprochen wird. Im Interesse der Wahrung der Rechte der Bürgererschaft bitte ich, meinem Antrag zuzustimmen.

Dr. Kähler erklärt, daß ein Bürgerbeschluß nicht vorlege und fordert nach längeren juristischen Ausführungen die Annahme von Dr. Witterns Antrag.

Dr. E. Meyer wendet sich gegen diese Auffassung.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Mühsam, der die Verletzung der Geschäftsordnung ergibt, in dieser Unterlassung aber keinen Verstoß gegen die Verfassung sieht und zur Tagesordnung über den Antrag von Dr. Wittern aufserbergt, mit 53 Stimmen angenommen. Dagegen sind 38 Stimmen. Der Antrag von Dr. Wittern ist damit hinfällig.

Der Antrag Löwig wird mit 52 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Schluß 9 Uhr 10 Min.

Der Verbandstag der Bauarbeiter und die Arbeitslosenunterstützung.

Die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes trafen am 1. Dezember in Hamburg zu einem außerordentlichen Verbandstage zusammen, um endgültigen Beschluß über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu fassen. Schon seit Oktober v. J. beschäftigten sich die Mitglieder des Verbandes mit dieser Frage.

Der erste ordentliche Verbandstag im Januar beschloß in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 97 Stimmen die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsverband einzuführen. Allerdings wurde die vom Verbandsvorstand vorgelegte Vorlage abgelehnt und einer Statutenberatungskommission überwiesen, die dann verschiedene Änderungen traf. Der Januar-Verbandstag wurde mit Rücksicht auf die allgemeine Tarifbewegung vertagt, und als im Mai in Berlin die Verhandlungen des Verbandstages fortgesetzt wurden, befaßten sich die Delegierten erneut mit der Vorlage. Nach längerer Diskussion stimmten von 391 Vertretern nunmehr 237 für und 154 gegen die Einführung. Während sonst nach den Bestimmungen des Statuts bei allen Abstimmungen die einfache Majorität entscheidet, war in Rücksicht auf die große Tragweite, die die Einführung dieses neuen Unterstützungsweises haben mußte, beschloßen worden, daß der Beschluß nur Geltung haben soll, wenn er mit Zweidrittelmajorität gefaßt wird. In dieser Zweidrittelmajorität fehlten nun einige Stimmen, und so kam die Einführung nicht zustande. Die Stimmung der Gesamtheit kam aber am besten in der Annahme des Antrages zum Ausdruck, der folgenden Wortlaut hatte:

„Spricht sich ein Viertel der Zweigvereine, die mindestens die Hälfte der Mitglieder umfassen, für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus, so soll der Verbandsvorstand beauftragt sein, zur Erledigung dieser Frage einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen.“

Dieser Antrag wurde angenommen.

Die jetzt dem außerordentlichen Verbandstage zu unterbreitende Vorlage ist mit wenigen Änderungen dieselbe, wie sie auch dem Berliner Verbandstage vorgelegen hat. Sie bestimmt, daß, wer nach einjähriger Mitgliedschaft 44 Beiträge gezahlt hat, kann innerhalb eines Jahres für die Dauer von 5 Wochen eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, die je nach der Beitragshöhe 0,45 bis 1,00 Mark pro Tag beträgt. Die Unterstützung erhöht sich in der Dauer der Mitgliedschaft. So beträgt z. B. das Mitglied in der höchsten Beitragsklasse bei einjähriger Mitgliedschaft eine Mark Unterstützung pro Tag, im zweiten Jahre steigt die Unterstützung auf 1,50 Mk., in weiteren Zeitintervallen steigt die Unterstützung allmählich auf 2 Mk. täglich an, mit welcher Summe die Höchstgrenze bei zehnjähriger Mitgliedschaft erreicht ist.

Falls der Verbandstag die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschließt, wird der Verbandsvorstand folgende Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen zur Arbeitslosenunterstützung beantragen:

1. Die Unterstützung tritt am 1. Juli 1914 in Kraft.
2. Mitglieder, die bis dahin dem Verbandsverband zwei Jahre angehört und 80 Beiträge gezahlt haben, sind sofort bezugsberechtigt, und zwar in der ersten Altersstufe.
3. Mitglieder, die beim Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung dem Verbandsverband 4 Jahre angehört, sind sofort in der zweiten Altersstufe bezugsberechtigt.
4. Mitglieder, die beim Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützung dem Verbandsverband 6 Jahre angehört, sind sofort in der dritten Altersstufe bezugsberechtigt.

Darauf berichtet die Verbandsleitung auf die erstmalig vorgelegene Karenzzeit von 1 bzw. 2 Jahren, die zwischen der ersten erhöhten Beitragszahlung und der Unterstützungsberechtigung liegt. Die Karenzzeit soll nur sechs Monate betragen, denn die Beitragspflicht beginnt im Bauarbeiterverband mit der neunten Kalenderwoche, am 2. Februar. Die Vorlage ist hier etwas verbessert worden. Daß vielen Mitgliedern geht das nicht weit genug, das beweisen die Anträge, die zu diesem Punkte vorliegen. Über ein Duzend Zweigvereine wünscht, daß die Auszahlung der Unterstützung vom 1. März ab beginnen soll, andere wieder verlangen, daß vom 1. Februar bis 31. November gezahlt werde. Von einem Zweigverein wird die Zahlung während des ganzen Jahres verlangt, dagegen sollen die Beiträge für 10 Wochen gezahlt werden. Von einer Reihe Zweigvereine wird der Antrag gestellt, die gesamte Mitgliedschaftsdauer des einzelnen in Berechnung zu bringen. Endlich wird verlangt, daß die Frage durch eine Urabstimmung entschieden werden soll.

Alle Anträge, die über die Vorlage hinausgehen, wird der Verbandstag von dem Gesichtspunkte aus behandeln müssen, daß die Forderungen, die bisher angebracht worden konn-

ten, um die Kampfkraft des Verbandes zu fördern, nicht in Anspruch genommen werden dürfen; die ständige Kampfbereitschaft, unter der eine gewerkschaftliche Organisation wie der Bauarbeiterverband stehen muß, darf dadurch in keiner Weise leiden. Nachdem sich die Verbandsmitglieder in den letzten Monaten in ihrer überwiegenden Mehrzahl für die Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen haben, steht zu erwarten, daß der Bauarbeiterverband nunmehr in die Reihen derjenigen Organisationen einreißt, die ihren Mitgliedern bei eintretender Arbeitslosigkeit helfend zur Seite stehen.

Aus der Partei.

Brechprozeß. Das nationalliberale Bayreuther „Tageblatt“ hat einen von Beleidigungen gegen die Sozialdemokratie strotzenden Artikel gebracht, weil einige Sozialdemokraten eine Versammlung besucht hatten, in der ein liberaler Krankenunterstützungsverein gegründet werden sollte. Als Führer dieser „Horde“, die unter der Marke Itzpellosker Heuchler in die Versammlung eingedrungen seien, um „mit edler Unverschämtheit Horcher an der Wand zu spielen“, war der Geschäftsführer unseres Bayreuther Parteiblattes, Genosse Herzog, bezeichnet worden, der aber zur Zeit der Versammlung krank im Bett lag. Herzog strengte Privatbeleidigungsklage an. Das Schöffengericht sprach den nationalliberalen Redakteur Kellerbauer frei, indem es ihm „Wahrung berechtigter Interessen“ zubilligte. Die Strafkammer des Landgerichts Bayreuth verurteilte jedoch Kellerbauer zu 10 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten beider Instanzen. — Vom Düsseldorfer Schöffengericht wurde am Mittwoch der Verantwortliche der „Düsseldorfer Volkszeitung“, Genosse Gerlach wegen Beleidigung eines Polizeikommissars zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte das Benehmen des Kommissars anlässlich einer Gerichtsverhandlung scharf kritisiert.

Die Schmiergelder in Köln. Zu der Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, Gen. Wilhelm Sollmann, wegen Beleidigung der Polizei und der Staatsanwaltschaft erfahren wir, daß die „Rheinische Zeitung“ im Anschluß an den Prozeß gegen den Kriminalkommissar Hannemann die Behauptungen aufgestellt hat, ein höherer Beamter habe für die Erteilung einer Wirtschaftskonzession 1000 Mk. erhalten. Ein höherer Beamter der Staatsanwaltschaft habe von diesem Geschenk gewußt, ohne einzuschreiten. Die Anklageschrift umfaßt 20 Seiten. Es sind 42 Zeugen vernommen, darunter höhere Beamte und bekannte Kölner Bürger. Die „Rheinische Zeitung“ hat wiederholt angekündigt, daß bei dem in Aussicht stehenden Prozeß, der für die Öffentlichkeit von großer Bedeutung sei, überraschendes Material herauskommen werde.

Die bayerische Hofgängerin vor Gericht. Wegen Beleidigung des 2. Vorsitzenden des Münchener Gemeindefolksgymnasiums, Genossen Wittl wurde der verantwortliche Redakteur des ultramontanen „Bayerischen Courier“ am Donnerstag zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Am 29. September war Genosse Wittl als Vorstandsmitglied des Gemeindefolksgymnasiums beim Prinzregenten zur Hofstafel eingeladen und abends hatte der Regent beim Besuch des Oktoberfestes in der Trinkhalle des Rates dem Genossen Wittl gegenüber gesessen und ihn in ein längeres Gespräch gezogen. Das gab dem „Bayerischen Courier“ Anlaß, einen Artikel zu veröffentlichen, in dem es hieß: „Der Regent muß auf seine sozialdemokratischen Kostgänger a la Wittl Rücksicht nehmen und ihnen ein gutes Maß bei der Hofstafel vorlegen; denn er kann nicht riskieren, daß seine genössischen Gäste unzufrieden hinterher in der „Münchener Post“ über die Vermisslichkeit des Menüs, das bei sozialdemokratischen Festen viel reichhaltiger ist als in der Residenz.“ In einem 2. Artikel wird über Wittl geschrieben: „Den Hederhut hat er natürlich zu Hause gelassen, auch die rote Krawatte und dafür Zylinder und weiße Binde hergenommen. Die genössischen Herren werden wieder hergenommen, wenn es zum Volke geht, um dort die Herrschenden zu stürzen. Was wohl die Sozialdemokraten von der alten Garde über die Tellerflecker der Münchener Redaktionen sagen werden?“ Wegen dieser beiden Artikel erhob Wittl Beleidigungsklage. Vor Gericht erklärte Wittl, er habe auf Anfrage des Bürgermeisters geantwortet, er wüßte nicht zur Hofstafel eingeladen zu werden; gleichwohl sei ihm vom Bürgermeister mitgeteilt worden, der Regent habe selbst verfügt, Wittl einzuladen. Als Zeuge wurde zunächst der 2. Bürgermeister Brunner vernommen. Er bestätigte Wittls Angaben und bemerkte weiter, Wittl habe bei Hof seine Meinung immer in würdiger Weise gesagt, in keiner Weise devot, aber auch in keiner Weise die Pflichten des Anwesenden verlegend. Wittl habe mit dem Regenten ein längeres Gespräch über sozialpolitische Angelegenheiten geführt und dabei in sehr würdiger Weise seine Meinung vertreten. Der erste Bürgermeister Dr. v. Borst sagte aus, er habe, dem Wunsch Wittls entsprechend, diesen nicht auf die Vorschlagsliste der bei der Hofstafel einzuladenden Herren gesetzt. Er sei daher überrascht gewesen, als trotzdem eine Einladung für Wittl gekommen sei. Er habe bei Hof angefragt, ob hier ein Versehen vorliege. Der Hofjurist habe darauf erwidert, die Einladung Wittl sei auf direkten Wunsch des Regenten erfolgt. Borst sagt dann in gleichem Sinne aus wie Brunner. — Wittl Vertreter Dr. Bernheim führte aus, Wittl habe nicht anders handeln können, nachdem er, einem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion folgend, bei der Uebernahme des Postens als 2. Vorsitzender des Gemeindefolksgymnasiums sich verpflichtet hatte, die damit verbundenen Repräsentationspflichten zu erfüllen. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, der erste Artikel bedeute eine Verhöhnung Wittl. Es verbiete sich ganz von selbst, daß man jemanden verhöhne, der Gast des Landesherrn sei. Der 2. Artikel enthalte den Vorwurf der Heuchelei und Unehrlichkeit. Dazu fehle jeder Anlaß und es sei vom Beklagten auch gar nicht vertuscht worden, diese schweren Vorwürfe zu beweisen.

Gewerkschaftsbewegung.

„Terrorismus.“ Scharfmacherblätter veröffentlichen eine Geschichte von „sozialdemokratischem Terrorismus“ die sich in Aichersleben abgepielt haben soll und von ihnen anheimelnd als besonders fetter Materialhappen in ihrem „Kampfe“ um verzweifelter Arbeitswilligenhuh angepöbeln wird. Auf der Aicherslebener Maschinenfabrik streiken seit Wochen die Metallarbeiter. Eines Tages veröffentlichte die

Direktion eine Erklärung, in der sie behauptete, daß der Former Grabe sich zur Aufnahme von Arbeit gemeldet, aber die Arbeit nicht angetreten habe, weil er daran durch den Druck seiner Kollegen gehindert worden sei. Hierauf antwortete Grabe mit einer Gegenerklärung, in der er die Angaben der Firma bestritt und betonte, daß ihm gelegentlich des Abholens eines Lohnrestes von einem Meister Arbeit angeboten worden sei. Auf dieses Angebot habe er keine bestimmte Antwort gegeben. Etwa drei Wochen später wurde Grabe abtrünnig und fing trotz des Streiks in der Maschinenfabrik wieder zu arbeiten an. Nach wenigen Tagen erschien nun eine zweite Erklärung Grabes in einem Lokalblatte. In einem Kieseninformat erklärte er diesmal, daß seine erste Erklärung unklar gewesen wäre, dagegen die Angaben der Maschinenfabrik vollständig der Wahrheit entsprechen hätten. Zwei Kollegen hätten ihm Vorwürfe gemacht, daß er sich um Wiederaufnahme von Arbeit beworben hätte und ihn bestimmt, die Arbeit nicht aufzunehmen. Und dann heißt es weiter:

„Als eine Woche später die Mitteilung von der Maschinenfabrik im „Anzeiger“ erschienen war, veranlaßten mich mehrere Kollegen, mit zur Ortsverwaltung zu kommen. Trotzdem die Kollegen und auch Herr Greiner (der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, D. N.) darüber unterrichtet waren, daß ich mich tatsächlich eine Woche vorher bei der Maschinenfabrik um Arbeit beworben hatte, setzte Herr Greiner die von mir im „Tageblatt“ veröffentlichte Erklärung auf, in der ich wider besseres Wissen die oben angeführten Angaben der Maschinenfabrik bestritt. Ich habe dazumal unter dem Druck meiner Kollegen gestanden und die Sache veröffentlicht.“

Ein Blinder kann es mit dem Stocke fühlen, daß bei dieser Geschichte etwas nicht stimmt, denn freiwillig bezieht sich so leicht nicht jemand, selbst in aller Öffentlichkeit, auf die Unwahrheit gesagt habe. Was also richtig ist, ob der „Held“ dieser Geschichte sich zur Arbeit gemeldet hat oder ob sie ihm angeboten wurde, das steht dahin; wahrscheinlich ist das erstere richtig. Als ihn das gütliche Zureden seiner Kollegen von seinem Vorhaben wieder abgebracht hatte, veröffentlichte die Maschinenfabrik ihre Erklärung, was den Grabe veranlaßte, sich zum Metallarbeiterbureau zu begeben. Hier entrüstete er sich in der bestmöglichen Weise über die „Unwahrheiten“ in der Erklärung der Firma und gab seiner Bereitwilligkeit in höchstem Zorn Ausdruck, den Vertretern der Firma durch schlagende Beweise die Unhaltbarkeit ihrer Behauptungen darzulegen. Davon riet man ihm natürlich ab und sagte ihm, daß er nichts anderes tun könne, als der Öffentlichkeit den richtigen Sachverhalt mitteilen. Grabe war dazu gleich bereit und ersuchte den Geschäftsführer, ihm eine Erklärung zu entwerfen, da er selbst zu aufgeregt sei. Das geschah, und an der Hand dieses Entwurfes fertigte sich Grabe dann nachher selbst seine Erklärung an, die er hierauf auch selbst nach der Expedition des „Tageblattes“ brachte. Das sind die nackten Tatsachen. Wer ehrlich sein will, muß zugeben, daß hier zwar von einem unwürdigen Verhalten eines Arbeiters die Rede sein kann, nicht aber von einem terroristischen Druck der Sozialdemokratie, nicht davon, daß, wie die „Post“ schrieb, ein Arbeiter unter Gewaltmaßregeln um sein Brot gebracht worden ist. Die Komödie, die Grabe in dem Metallarbeiterbureau aufführte, entsprang dem Bestreben, bei seinen Kollegen den Verdacht zu zerstreuen, daß er bereit gewesen sei, abtrünnig zu werden. Seine Erklärung verfolgte den gleichen Zweck. Inzwischen wurde er aber der Arbeiterfrage abtrünnig, und nun stelle ihm, wie man leicht erkennt, die Firma die Bedingung, daß er auch noch öffentlich sich selbst an den Schandpfahl schlage. Das letztere war der Firma natürlich nicht die Hauptsache, sondern die Kennzeichnung des „sozialdemokratischen Terrorismus“, den Grabe der Betriebsleitung selbstverständlich mit der gleichen Entrüstung geschildert hat, die er im Bureau der Gewerkschaft gegen diese selbe Firma aufwandte. Man sieht, bei näherer Untersuchung fällt auch diese neueste Terrorismuslegende in sich selbst zusammen.

Literarisches.

Neues Frauentum und Hauswirtschaft, ein Schlagwort welches eigentlich die modernste aller Fragen in sich birgt, bringt Heft 7 der illustrierten Familien- und Modenzeitung „Hauslicher Ratgeber“ als hochinteressanten Leitartikel, den keine Frau veräumen sollte zu lesen. Alle Probleme, die auf irgend eine Art heutzutage fast in jede Familie hineingreifen, werden in anregendster Weise in der allbeliebten Zeitschrift „Hauslicher Ratgeber“ behandelt. In Heft 7 schließen sich diesen Fragen Romane, Gedichte, Skizzen, Rätsel und Spiele an. Die „Lebensweisheiten“ sind eine Schatzkammer des Schönen für Herz und Gemüt, von den naiven Aeußerungen von „Kindermund“ trefflich ergänzt. Ein „Vorweihnachtlicher Nachmittagsstee“ unter der Rubrik „Geselligkeit“ wird nicht umsonst zur Nachahmung anregen. Der Hauptreiz der Nummer liegt für unsere Frauen aber wieder in der großen, künstlerisch illustrierten Modentafel. „Einfache Kleider“ und „Winterliche Straßenkleidung“ vervollständigen die Modenschau, denen sich die Handarbeitsvorlage mit „Hedebau-Stidereien“ angliedert. Unsere Kinder können an Hand der Vorlage ihre Weihnachtsstippe fertig bauen. „Krankheiten des Kindes“, „Nahrungsmittel als Krankheits-träger“ sind jetzt in der rauhen Jahreszeit sehr zu beachten. „Nützliches Allerlei des Hauslichen Ratgebers“, die „Sprechstunde unseres Arztes“ und „Sprechstunde unseres Rechtsanwaltes“ stehen dem Leser auch in persönlichsten Fragen mit sachmännlichem Rat zur Seite. Kochrezepte und praktische Winke vervollständigen die reichhaltige Nummer. Für 15 Pf. ist das Heft einzeln in jeder Buchhandlung zu beziehen. Probenummern versendet der Verlag auf Wunsch kostenlos und portofrei.

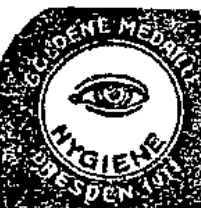
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. h. Schöars. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Eine delikate Suppe:

Ein Würfel von **MAGGI'S Familien-Suppe** zu 10 Pfg. wird fein zerdrückt, mit etwas kaltem Wasser sorgfältig zu dünnem Brei angerührt und in fast $\frac{1}{2}$ Liter siedendes Wasser gegossen. Nach dem Wiederaufkochen 20—25 Minuten bei kleinem Feuer kochen lassen.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Familien-Suppe.**



Persil

Der grosse Erfolg!

Das selbsttätige Waschmittel

Trotz der enormen Verbreitung von Persil gibt es noch manche Hausfrauen, die noch immer nicht die hervorragenden Eigenschaften dieses modernen selbsttätigen Waschmittels voll auszunutzen verstehen. Halten Sie sich an nachstehende bewährte Gebrauchs-Anweisung und Sie werden sofort sehen, wie mühelos, einfach, schnell und billig bei absoluter Unschädlichkeit für das Gewebe mit Persil zu waschen ist.

Gebrauchs-Anweisung:

A. Für Weisswäsche.

Man löst Persil in kaltem oder lauwarmem Wasser durch Umrühren im Kessel auf; dann die Wäsche sofort hinein tun, zum Kochen bringen und nur einmal 1/4-1/2 Stunde unter zeitweiligem Umrühren am Kochen halten. Nach dem Kochen lässt man die Wäsche einige Zeit in der Lauge stehen und spült sie dann in klarem, möglichst in warmem Wasser sorgfältig aus. Jede Zutat von Seife, Seifenpulver oder anderen Waschmitteln ist unbedingt zu vermeiden, da diese die selbsttätige Wirkung von Persil nur beeinträchtigen und dessen Gebrauch unnütz verteuern. (Nur bei sehr schmutziger Wäsche empfiehlt sich vorheriges Einweichen in Henkel's Bleich-Soda.)

Resultat: Alle Schmutz-, Staub-, Schweiß-, Fett-, Kakao-, Tee-, Blut-, Tinten-, ja auch Obstflecken sind spurlos verschwunden, die Wäsche ist vollkommen rein und blendend weiss, wie auf dem Rasen gebleicht.

B. Für Wollwäsche.

Persil wird hierbei nicht in kaltem, sondern bereits stark handwarmem Wasser aufgelöst und die Wäsche darin etwa 1/4 Stunde geschwenkt (also nicht gekocht); hierauf die Wäsche gut ausspülen und ausdrücken, nicht auswringen. Das Trocknen darf an nicht zu heissen Orten oder an direkter Sonne geschehen.

Resultat: Bei sachgemäsem Waschen mit Persil wird die Wolle nie filzig, sondern bleibt locker und griffig; Krankenwäsche wird gleichzeitig völlig keimfrei, da Persil nach bakteriologischen Feststellungen stark desinfizierend wirkt, Bakterien tötet und Krankheitskeime ersticht und zwar schon bei einer Temperatur von 30-40° C.

Also die glänzendsten Erfolge bei einfachster Anwendung! Zögern Sie deshalb nicht länger und machen auch Sie einen Versuch, denn so waschen Millionen Hausfrauen seit Jahren mit bestem Erfolg und schonen dabei ihre Wäsche!

Überall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der altbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

8922

Zable für Hausstands-Lumpen
6 1/2 p. Kilo, für Neutuch
40 1/2 p. Kilo, f. Metalle,
Eisen die höchsten Tages-
Preise. (8958) Hundestraße 107.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
6621 Gr. Burgstr. 32.

Zur Aufklärung!

8923 Nicht nur manchmal, sondern
immer Ausnahmepreise

Wir verschmähen es, für die von uns gebotenen Vorteile grosse Anpreisungen zu machen und können das Urteil unserer geehrten Kundschaft selbst überlassen.

Unseren Ruf

erwarben wir uns in allen den Grossstädten und Gegenden, in denen wir eine ganze Anzahl Verkaufsstellen unterhalten, durch die anerkannte

Gediegenheit und Wohlfeilheit unserer Waren.

Verkaufs-Stelle für Lübeck nur

Breite Str. 36

Ecke Beckergrube.

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken

Gust. Böhm & Co.

Bitte beachten Sie unsere Fenster!

Chorverein Lübeck



Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Konzert

am Mittwoch, dem 3. Dezember 1913
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

unter gütiger Mitwirkung von

Frl. Agnes Lenbach (Alt), Herrn Walter Mann (Tenor), Herrn Dr. Hartzem, Kapellmeister, vom hiesigen Stadttheater.

Dirigent: Herr Robert Sulanke.

PROGRAMM

- Männerchöre:
 - Des Liedes Kristall G. Schmidt.
 - Schön Gundula Chr. F. Maack
- Lieder für Alt:
 - Die Heide ist braun R. Franz.
 - Arie aus „Samson u. Delila“ C. Saint-Sains
- Lieder für Tenor:
 - Steuermannslied a. „Der fliegende Holländer“ R. Wagner.
 - Cavatine aus „Carmen“ G. Bizet.
- Männerchor:
Totenvolk. Große Ballade Fr. Hegar.
- Männerchöre:
 - Erste Rose H. Richter.
 - Das Mühlrad J. Koch.
 - Min Jehann Leon Jessel.
- Lieder für Alt:
 - Immer leiser wird mein Schlummer J. Brahms.
 - Von ewiger Liebe
 - Der Schmied
- Männerchöre:
 - Wenn der Vogel naschen will Ed. Kremser.
 - Muttersegnen A. Opladen.
- Lieder für Tenor:
 - Arie des Basilio aus Figaros Hochzeit W. A. Mozart.
 - Lied des Georg aus Der Waffenschmied A. Lortzing.
- Schlussgesang:
Der Studenten Nachtgesang C. L. Fischer.
Bechsteinflügel von A. F. Hausmann, Lübeck.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Eintritt a Person 30 Pfg.

Karten sind zu haben bei Friedrich Lender, Huxstraße. Carl Wittfoot, Huxstraße und im „Gewerkschaftshaus“.

Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte freien Eintritt.

Garderobe 10 Pfg.

Rauchen verboten.

8747

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 2. Dezember 1913
abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

- Die Silvesterfeier.
- Vortrag der Genossin Schlomer über: Der Zusammenbruch der Junkerherrschaft 1806.
- Aufschaffung einer Kartothek für das Parteisekretariat.
- Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

8953)

Der Vorstand.

General-Versammlung

der

Lübecker Vereinsbrauerei e. G. m. b. H.

am 4. Dezember 1913, nachmittags 4 Uhr

im

„Moislinger Baum“ (Rud. Schmachtel).

Strassenbahnlinie 9.

Tages-Ordnung:

- Jahresbericht, Bilanz und Abrechnung.
- Entschädigung an den Aufsichtsrat.
- Wahlen: a) Vorstand, b) Aufsichtsrat.
- Verschiedenes.

8553

Lübeck, den 18. November 1913.

Der Aufsichtsrat.

Achtung!
Gewerlichkeits-Kassierer
Schwartaus.

Die Beiträge für Kartell und Arbeitersekretariat müssen bis spätestens 8. Dezember d. J. beim Kartell-Kassierer abgeliefert sein. (8925)

Sie können bei mir

Ihre Kleidungsstücke sich anmessen lassen, und kaufen trotzdem billiger, als wenn Sie fertig kaufen. Jackett-Anzüge aus wa., zum Teil echt engl. Stoffen, Hosen, Gehrock-Anzüge, Paletots 36 M. 45 M. 51 M. Große Stoffausm. Lieferung schnellst.

105' Hülfstraße 105' 8168

Wand-Uhren

Mehrjährige Garantie — enorm billig Reparatur. vorherige Preisangabe. H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm. ob. Johannisstr. 20.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig. Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen. : Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt. Geben rote Lubeca-Rabattmarken.

F. W. Tietz,

Pelzerstrasse 24, empfiehlt sich zu n 8949
Transport von Möbeln, Holz u. Brennmaterialien bei billigster Berechnung. Uebernahme kleiner Umzüge, sowie Abfuhr von Schutt u. dergl.

Metallbetten auch für Kinder, billigst an Private. Katal. frei. (9057) Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Alle Sorten Weine und Spirituosen auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf 290) empfiehlt

J. Höppner, Beckergr. 66.

Gelegenheitskauf wegen Rückgang einer Verlobung ist das bestellte Mobiliar sofort bedeutend unter Preis zu verkaufen. 8631) Lager Wahrenstr. 83.

Wie das Futter,
So die Butter.
Manchem Bauer
Wird sie sauer!
Ist sie fett und ist sie süß,
Ist sie teuer ganz
gewiß!
Nimmt man sie von
hundert Orten,
Hat man sicher
hundert Sorten!

Doch im ganzen, weiten Reich
Ist Palmona immer gleich!

Dr. Schlinck's
Palmona
Pflanzen-Butter-Margarine

IVO PUHONNÝ

Johs Tollgreve

Juwelier u. Goldschmied
Lübeck, Königstr.
Lager von Gold-, Silber- und Alfenidewaren. Gravierungen, Neuarbeitung, Reparaturen prompt und billig. Rote Rabattmarken. 8

Neue, bestgereinigte

Bettfedern

Damen, federdicke, echtfarbene Inletts; fertige Betten Kapot zum Füllen von Stiffen 1.20 M Die richtige Bezugsquelle für diese Vertrauensartikel ist das Geschäft von (78)

Herm. Kampf

früher Gebr. Barg Lübeck Lauenburg a. d. Elbe Kohlmart 5. Elbstraße 91/92 Das Geschäft besteht in Lauenburg über 50 Jahre.

12 Tip-Top-Bilder 2 M

(Tadellos retouchiert), alle anderen

Photographieren

wie Brust-, Knie-, Gruppen-, Familien-, Kinderbilder u. Vergrößerungen in künstlerischer, haltbarer Qualität

Atelier Lubec

Breite Straße 13.

Zähne BOOM

Keine Extraberechnung der Platte.
Ich leiste jede Garantie für guten Sitz und Brauchbarkeit. Damit ein jeder die absolute Garantie hat, daß keine höheren Preise als 1.80 Mk. mit Kautschukplatte pro Zahn berechnet werden, habe ich mich entschlossen,
300 Mk. Belohnung zu zahlen, dem, der mir nachweist, daß ich höhere Preise berechne.
Großer Umsatz! Kleiner Nutzen!
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung **1 Mk.** speziell für nervöse und ängstliche Personen.

Dankschreiben.
Habe mir von Herrn Haus 7 Zähne ziehen lassen. Es war vollständig schmerzlos, ich werde dieses Atelier jedermann nur sehr empfehlen. Fr. R.
Herr Haus hat mir völlig schmerzlos 2 Zähne gezogen, ich hatte große Angst, es war aber gänzlich schmerzlos. Auch das Plombieren hat mir sehr gefallen. Fr. M.

Preise:
Zähne mit echten Platinstiften, in geeigneten Fällen Diatorix
Zahn- oder Wurzelziehen kostenlos. 1
Nervtöten pro Zahn 1
Zahn- oder Wurzelziehen mit örtlich. Betäubung 1
Goldklammern, 14kar. Gold 3
Plombe, Zement (Havard) 2
Silber-Amalgan-Plombe Ref. 2
Reparaturen von 1.00
Ganzes Gebiß, 28 Zähne 50.
Umarbeitung nicht sitzender Gebisse.
Wenden Sie sich vertrauensvoll nach meinem Atelier.
Ueberzeugung macht wahr! 8

Zahn-Praxis Ernst Haus
Lübeck, Mühlenstraße 1-3, I. Etage, Am Klingenberg. Telephone 1703.

Vorwärts Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

- Erweht** Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger
- Der Ausweg** Eine Erzählung von Ernst Preczang
- Das Land der Zukunft** Reisebeschreibung von Leo Kolijch Mit einer Einleitung von Paul Göhre
- Bersäuberndes Volk** von R. Grösch.

- Der Prinzipienreiter** Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos
- In den Tod getrieben** Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang
- Der Pariser Garten** und anderes. Von Minna Kaufsch
- Mutter** Ein Frauenschicksal von Joh. Fersch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark

Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Der Wildschütz

Oper in 3 Akten von Lortzing.
Textbücher à 20 Pfg.
sind bei uns zu haben.

Friedr. Meyer & Co
Buchhandlung. Johannisstr. 4

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks empfehlen 882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik: Moisinger Allee 60.

e

92

er-

in
g.
229

0

l.

ir
68

l.

k.

,
id

lat.

a,

80

00

00

00

50

an

00

er.
61

z

6.

6.

ezember